

Stand: 27.06.2026 01:42:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3039

"Maßnahmenpaket zur Flüchtlings- und Asylpolitik: Solidarität mit Asylsuchenden - Fluchtursachen bekämpfen - Schengen-Abkommen und Asylgesetze anpassen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3039 vom 15.09.2014
2. Beschluss des Plenums 17/3049 vom 16.09.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 24 vom 16.09.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer-Stäblein, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Joachim Unterländer, Martin Neumeyer, Bernhard Seidenath, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Karl Straub, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann, Judith Gerlach, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Maßnahmenpaket zur Flüchtlings- und Asylpolitik: Solidarität mit Asylsuchenden – Fluchtursachen bekämpfen – Schengen-Abkommen und Asylgesetze anpassen!

Der Landtag wolle beschließen:

Bayern und Deutschland erleben derzeit einen immensen Flüchtlingszustrom, eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität mit politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingsen aus aller Welt, aber auch nicht selten verbunden mit der Sorge, dass Deutschland mit dieser Entwicklung an Grenzen stoßen könnte. Asylsuchende genießen den Schutz des deutschen Rechtsstaates. Damit aber die vielfältigen Anstrengungen bei den tatsächlich Verfolgten und Hilfsbedürftigen ankommen und die tatsächlichen Fluchtursachen bekämpft werden können, ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. sich Bayern und der Bund international verstärkt für die Ächtung von politisch motivierter Gewalt, Verfolgung und Unterdrückung in den Heimatländern einsetzen. Auch sind alle Wege der internationalen Kriegs- und Krisenbewältigung zu prüfen. Es gilt, bei den Fluchtursachen anzusetzen.
2. dem drastischen Anstieg der Zahl der Asylsuchenden und Flüchtlinge in Deutschland und Bayern begegnet wird durch
 - a) verstärkte Hilfen für bedrängte, verfolgte und Not leidende Menschen in den jeweiligen Herkunftsländern; hierfür soll auf Bundesebene ein „Sonderfonds Flüchtlings- und Entwicklungspolitik“ eingerichtet werden.

- b) eine verstärkte Bekämpfung der Schleuserkriminalität auf europäischer Ebene.
 - c) die Einstufung von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien als sichere Herkunftsstaaten im Sinn von Artikel 16a Absatz 2 GG. Aus diesen Ländern kommen schon seit Jahren immer mehr Asylsuchende, die Anerkennungsquote tendiert jedoch gegen Null. Wir müssen uns stattdessen auf die Menschen konzentrieren, die infolge von politischer Verfolgung, Krieg und Vertreibung ein Anrecht auf Asyl oder anderweitige humanitäre Hilfe in Deutschland haben. Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass die rot-grün bzw. rot-rot regierten Länder ihre Blockade des am 3. Juli 2014 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Entwurfs eines „Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer“ in der nächsten Bundessratssitzung am 19. September 2014 aufgeben.
 - d) die nachdrückliche Aufforderung vor allem an Italien, das geltende europäische Asylrecht einzuhalten und insbesondere alle ankommenden Flüchtlinge zu registrieren, anstatt sie einfach in andere EU-Staaten weiterreisen zu lassen.
 - e) die befristete Wiedereinführung von Personenkontrollen an den deutschen Grenzen im Rahmen des geltenden EU-Rechts, solange nicht alle Mitgliedsstaaten ihrer Aufnahmeverpflichtung nachkommen.
 - f) Prüfung, wie besonders belastete EU-Staaten unter der Voraussetzung, dass sie ihren europarechtlichen Verpflichtungen nachkommen, durch Übernahme von Asylbewerbern durch weniger belastete Mitgliedsstaaten entlastet werden können.
 - g) eine konsequente Abschiebung in den jeweiligen Herkunftsstaat bzw. Rückführung in den jeweiligen Erstaufnahmestaats der EU in allen Fällen, in denen kein rechtlicher Anspruch auf Aufenthalt in Deutschland besteht.
3. in enger Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen passende Unterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge bereitgestellt und die Asylverfahren beschleunigt werden, indem

- a) die Aufnahmekapazitäten deutlich erhöht werden; der Bund sollte nicht genutzte Kasernen der Bundeswehr umgehend für die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge bereitstellen und baurechtliche Vorschriften rasch flexibler gestalten.
- b) das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, zusätzlich zu der bereits beschlossenen Personalmehrung, kurzfristig massiv verstärkt wird. Hierdurch können die Asylverfahren deutlich beschleunigt werden.

Die Asylsozialarbeit, Beratung und ehrenamtliches Engagement von Bürgern in der Nachbarschaft von Einrichtungen sind weiterhin zu unterstützen.

Begründung:

Bayern und Deutschland haben sich gerade durch die anhaltend gute wirtschaftliche Entwicklung, wie auch die in letzter Zeit wachsende Zahl der Krisenherde zu Hauptzielen von Asylbewerbern und Flüchtlingen entwickelt. Die anhaltenden Krisen und Kriege dürften dazu führen, dass sich die Lage auch in den nächsten Wochen und Monaten noch einmal deutlich verschärft. Nach wie vor ist eine Trendwende nicht absehbar.

Deutschland nimmt europaweit mit Abstand die meisten Asylbewerber auf. Die große Solidarität der Menschen in Deutschland ist bewundernswert, muss aber den wirklich Schutzbedürftigen gelten.

Hierfür muss der drastische Anstieg der Asylanträge, die keine Aussicht auf Erfolg haben, gebremst werden. Schon jetzt stellt der ungebremste Flüchtlingszustrom unser Gemeinwesen (vor allem Städte, Landkreise und Gemeinden) vor kaum lösbare Herausforderungen. Es darf nicht zu einer Überforderung Deutschlands kommen. Dazu ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich:

Wir müssen den Flüchtlingskatastrophen am Entstehungspunkt entgegenwirken. Nachhaltige Lösungen können nur in den Krisengebieten selbst gefunden und so neue Flüchtlingsbewegungen abgewendet werden.

Im letzten Jahr stammte rund jeder fünfte Asylbewerber aus Bosnien-Herzegowina, Mazedonien oder Serbien. Die Anerkennungsquote liegt bei diesen Staaten nahezu bei null. Der Koalitionsvertrag sieht deshalb vor, diese Staaten in die Liste sicherer Herkunftsstaaten aufzunehmen. Gleiches muss auch für Albanien und Montenegro gelten.

Die Dublin-Regelung, nach der das Asylverfahren im jeweiligen EU-Ersteinreiseland durchzuführen ist, wird durch Italien offensichtlich in vielen Fällen unterlaufen, indem die nach der EU-RODAC-Verordnung notwendige Registrierung der Flüchtlinge nicht vorgenommen wird. So können andere EU-Staaten, in die diese Flüchtlinge weiterreisen, nicht nachweisen, dass die Ersteinreise über Italien erfolgte. Die illegale Weiterleitung von Flüchtlingen aus Italien in andere EU-Staaten ist ein wesentlicher Grund für die derzeit massiv ansteigenden Asylbewerberzahlen in Deutschland ebenso wie für die wachsende Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Hier ist es Aufgabe der Europäischen Kommission, die Anwendung des europäischen Rechts durch die Mitgliedsstaaten durchzusetzen. Wir brauchen eine Lösung, die sicherstellt, dass ausnahmslos alle Mitgliedsstaaten ihrer Aufnahmeverpflichtung gleichermaßen nachkommen. Italien hat wegen seiner geographischen Lage eine besonders große Verantwortung. Bei der Bewältigung haben die EU-Mitgliedsstaaten Italien zu unterstützen, aber Italien muss auch seinerseits endlich den eingegangenen Verpflichtungen nachkommen.

Eine wesentliche Ursache für den derzeitigen starken Anstieg der Asylbewerberzahlen sind die Aktivitäten krimineller Schlepper und Menschenhändler. Sie wecken bei den Menschen häufig falsche Hoffnungen und kassieren für die Überfahrten horrenden Summen. Die eingesetzten Boote sind oft klein, überfüllt und kaum seetauglich. So erleben wir Jahr für Jahr Tragödien im Mittelmeer. Zur Schleuserbekämpfung sollte deshalb die Zusammenarbeit zwischen EUROPOL, Frontex und EASO intensiviert und auch die Grenzüberwachung durch die Mitgliedsstaaten verstärkt werden.

Des Weiteren muss zeitnah der zuletzt drastisch angestiegenen Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen Rechnung getragen werden. Hierfür muss die im Koalitionsvertrag als Ziel genannte Verfahrensdauer von drei Monaten bei Erstverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erreicht werden. Die derzeit im Bundeshaushalt vorgesehene Personalmehrung von 300 Stellen wird dafür nicht ausreichend sein. Der Bund muss zur Beschleunigung der Asylverfahren das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge durch Verwaltungshilfe aus anderen Teilen der Bundesverwaltung sowie durch Zeitverträge kurzfristig erheblich verstärken. Darüber hinaus sind alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Aufnahmekapazitäten kurzfristig zu erhöhen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer-Stäblein, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Joachim Unterländer, Martin Neumeyer, Bernhard Seidenath, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Peter Tomaschko, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Karl Straub, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann, Judith Gerlach, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/3039

Maßnahmenpaket zur Flüchtlings- und Asylpolitik: Solidarität mit Asylsuchenden – Fluchtursachen bekämpfen – Schengen-Abkommen und Asylgesetze anpassen!

Bayern und Deutschland erleben derzeit einen immensen Flüchtlingszustrom, eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität mit politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlingsen aus aller Welt, aber auch nicht selten verbunden mit der Sorge, dass Deutschland mit dieser Entwicklung an Grenzen stoßen könnte. Asylsuchende genießen den Schutz des deutschen Rechtsstaates. Damit aber die vielfältigen Anstrengungen bei den tatsächlich Verfolgten und Hilfsbedürftigen ankommen und die tatsächlichen Fluchtursachen bekämpft werden können, ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. sich Bayern und der Bund international verstärkt für die Ächtung von politisch motivierter Gewalt, Verfolgung und Unterdrückung in den Heimatländern einsetzen. Auch sind alle Wege der internationalen Kriegs- und Krisenbewältigung zu prüfen. Es gilt, bei den Fluchtursachen anzusetzen.

2. dem drastischen Anstieg der Zahl der Asylsuchenden und Flüchtlinge in Deutschland und Bayern begegnet wird durch
 - a) verstärkte Hilfen für bedrängte, verfolgte und Not leidende Menschen in den jeweiligen Herkunftsländern; hierfür soll auf Bundesebene ein „Sonderfonds Flüchtlings- und Entwicklungspolitik“ eingerichtet werden.
 - b) eine verstärkte Bekämpfung der Schleuserkriminalität auf europäischer Ebene.
 - c) die Einstufung von Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien als sichere Herkunftsstaaten im Sinn von Artikel 16a Absatz 2 GG. Aus diesen Ländern kommen schon seit Jahren immer mehr Asylsuchende, die Anerkennungsquote tendiert jedoch gegen Null. Wir müssen uns stattdessen auf die Menschen konzentrieren, die infolge von politischer Verfolgung, Krieg und Vertreibung ein Anrecht auf Asyl oder anderweitige humanitäre Hilfe in Deutschland haben. Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Bundesrat darauf hinzuwirken, dass die rot-grün bzw. rot-rot regierten Länder ihre Blockade des am 3. Juli 2014 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Entwurfs eines „Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer“ in der nächsten Bundessitzung am 19. September 2014 aufgeben.
 - d) die nachdrückliche Aufforderung vor allem an Italien, das geltende europäische Asylrecht einzuhalten und insbesondere alle ankommenden Flüchtlinge zu registrieren, anstatt sie einfach in andere EU-Staaten weiterreisen zu lassen.
 - e) die befristete Wiedereinführung von Personenkontrollen an den deutschen Grenzen im Rahmen des geltenden EU-Rechts, solange nicht alle Mitgliedsstaaten ihrer Aufnahmeverpflichtung nachkommen.
 - f) Prüfung, wie besonders belastete EU-Staaten unter der Voraussetzung, dass sie ihren europarechtlichen Verpflichtungen nachkommen, durch Übernahme von Asylbewerbern durch weniger belastete Mitgliedsstaaten entlastet werden können.

- g) eine konsequente Abschiebung in den jeweiligen Herkunftsstaat bzw. Rückführung in den jeweiligen Erstaufnahmestaat der EU in allen Fällen, in denen kein rechtlicher Anspruch auf Aufenthalt in Deutschland besteht.
3. in enger Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen passende Unterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge bereitgestellt und die Asylverfahren beschleunigt werden, indem
- a) die Aufnahmekapazitäten deutlich erhöht werden; der Bund sollte nicht genutzte Kasernen der Bundeswehr umgehend für die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge bereitstellen und baurechtliche Vorschriften rasch flexibler gestalten.
- b) das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, zusätzlich zu der bereits beschlossenen Personalmehrung, kurzfristig massiv verstärkt wird. Hierdurch können die Asylverfahren deutlich beschleunigt werden.

Die Asylsozialarbeit, Beratung und ehrenamtliches Engagement von Bürgern in der Nachbarschaft von Einrichtungen sind weiterhin zu unterstützen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Angelika Weikert

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Christine Kamm

Abg. Martin Neumeyer

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Gabi Schmidt

Staatsministerin Emilia Müller

Abg. Verena Osgyan

Staatsminister Joachim Herrmann

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich **Tagesordnungspunkt 3** aufrufen. In die Aussprache werden die Dringlichkeitsanträge einbezogen.

Aktuelle Entwicklung

der Asyl- und Flüchtlingsproblematik in Bayern

hierzu:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Asylsituation entschärfen: Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Lage in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ergreifen, Asylverfahren beschleunigen! ([Drs. 17/3036](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)
Flüchtlingsdrama in Bayern - Keine Zeltunterkünfte mehr! ([Drs. 17/3037](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neue Asylpolitik in Bayern jetzt! ([Drs. 17/3038](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer-Stäblein u. a. und Fraktion (CSU)

Maßnahmenpaket zur Flüchtlings- und Asylpolitik: Solidarität mit Asylsuchenden - Fluchtursachen bekämpfen - Schengen-Abkommen und Asylgesetze anpassen! (Drs. 17/3039)

Ich darf jetzt die gemeinsame Aussprache eröffnen und dem Kollegen Professor Bauer sagen: Die Fraktionen haben sich wiederum auf 20 Minuten Redezeit je Fraktion geeinigt. Dementsprechend werde ich auch hier verfahren. Als erster Redner hat der Kollege Zellmeier für die CSU-Fraktion das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Weltweite Krisen und kriegerische Ereignisse verursachen derzeit einen nie dagewesenen und nie gekannten Flüchtlingsstrom. Das Schicksal dieser Flüchtlinge lässt uns in Deutschland, in Europa und insbesondere in Bayern natürlich nicht unberührt. Nicht nur über die Medien, sondern hautnah erleben wir mit, wie die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge steigt. Hautnah erleben wir mit, dass in unseren Dörfern, Gemeinden und Städten Flüchtlingsunterkünfte eingerichtet werden. Viele Orte nehmen bereitwillig Asylbewerber auf. Dafür einen herzlichen Dank an alle, die in den Kommunen verantwortlich sind, an alle, die sich haupt- und ehrenamtlich für die Asylbewerber und Flüchtlinge einsetzen und sich für sie engagieren,

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

und ein großes Vergelts Gott unserer zuständigen Staatsministerin Emilia Müller und ihrem ganzen Stab, aber auch ihrer Vorgängerin Christine Haderthauer; denn unter beider Führung hat sich in den letzten beiden Jahren sehr vieles zum Positiven verändert. Um dem Kollegen Neumeyer, der als Integrationsbeauftragter näher darauf eingehen wird, nichts vorwegzunehmen, nenne ich nur kurz einige Stichworte: Bei der Asylsozialberatung sind die Ausgaben verdreifacht worden. Das Modellprojekt Deutschkurse wurde eingeführt. Die Essenspakete wurden abgeschafft. Familien werden in der Regel nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht.

Hilfe für Schutzsuchende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist uns ein Herzensanliegen und ein Gebot der christlichen Nächstenliebe. Deshalb behandeln wir Asylbewerber und Flüchtlinge gut und werden auch bei steigenden Zahlen unseren humanitären Verpflichtungen nachkommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sieht aber Frau Wöhrl aus dem Bundestag ganz anders!)

- Lieber Kollege Rinderspacher, wer heute den "Münchner Merkur" gelesen hat – von unserem Fraktionsvorsitzenden wurde er schon zitiert -, fand dort einen bemerkenswerten Kommentar zur Schlagkraft der Opposition. Darin wird gesagt, sie könne nur das nacherzählen, was schon in der Zeitung gestanden hat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warten Sie nur, bis Sie in der Opposition sind!)

- Lieber Kollege Aiwanger, ich hoffe, dass wir das nie erleben werden. Das hoffe ich vor allem für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns; denn das wäre ein Katastrophenszenario.

(Beifall bei der CSU)

Die CSU und auch der Freistaat hätten wirklich eine bessere Opposition verdient.

(Markus Rinderspacher (SPD): Damit ist für Sie in München alles in bester Ordnung?)

Das sieht man übrigens auch an den Anträgen, die Sie zu diesem Thema gestellt haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das heißt also, in Zirndorf und in München läuft alles gut!)

Diese Anträge behandeln nur einen Teil der Problematik.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sind politisch verantwortlich für das Asylversagen!)

Sie gehen nur darauf ein, Verbesserungen zu schaffen. Sie gehen nicht darauf ein, dass Akzeptanz in der Bevölkerung eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, die Asylpolitik durchsetzen zu können. Die Asylpolitik ist von der Akzeptanz der Menschen abhängig. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, waren Sie nie eine Volkspartei, wie es bei den GRÜNEN oder den FREIEN WÄHLERN der Fall ist, oder Sie haben diesen Status schon lange verloren. Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, daran sind Sie selber schuld, weil Sie die ernsthaften Sorgen und Nöte der Menschen, die Sorgen unserer Bevölkerung in Bayern und in Deutschland nicht aufgreifen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Damit sollten Sie sich aber etwas zurückhalten!)

Die FREIEN WÄHLER haben zudem verspätet mitbekommen, dass der Betreuungsschlüssel längst verbessert worden ist. Von der Staatsregierung wurde ein um 50 % besserer Betreuungsschlüssel angeboten, und das steht im Gegensatz zu dem, was Sie fordern und jetzt noch in Ihrem Antrag nachbessern werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Antrag greift beide Aspekte auf, zum einen den humanitären Aspekt, der uns sehr wichtig ist, aber auch die Unruhe in der Bevölkerung wegen der ständig steigenden Zahlen von Asylbewerbern. Wir machen das aber nicht marktschreierisch und populistisch, sondern sachlich und sehr konkret.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Meine Güte!)

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir werden all das, was wir ansprechen, auch konsequent weiterverfolgen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wann?)

Wir müssen die unberechtigte Einreise begrenzen und stoppen und die Ausreisepflicht verstärkt durchsetzen. Sie kennen die Zahlen aus dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: 1,6 % der Asylbewerber werden anerkannt, 34 % haben sonstige Schutzgründe und 64 % sind zur Ausreise verpflichtet. Auch auf die verstärkte und konsequente Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung müssen wir drängen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie regieren seit neun Jahren im Bund!)

Hinzu kommt die Tatsache, dass über 20 % der Asylbewerber, die heuer bis Ende August zu uns gekommen sind, aus europäischen Ländern einreisten, aus Ländern, die großenteils Anträge auf Aufnahme in die EU gestellt haben. Das darf nicht sein. Deshalb muss die Drittstaatenregelung schleunigst nachgebessert werden. Das gilt insbesondere für die Länder Albanien, Montenegro, Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina. Für Flüchtlinge aus diesen Ländern ist die Anerkennungsquote gleich null. Wenn wir Flüchtlinge aus diesen Ländern aufnehmen, können wir uns nicht effektiv um die wirklich verfolgten Menschen kümmern.

(Zuruf von der SPD: Das tun Sie doch auch nicht!)

Eines sei hier gesagt: Die Aufnahme scheitert an der Blockade rot-grün- und rot-rot-regierter Länder im Bundesrat. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, reden Sie doch mit Ihren Kollegen im Bund und in den anderen Ländern, damit diese Blockade endlich beendet wird.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das ist alles längst geregelt, Herr Zellmeier!)

Wir müssen auch dafür sorgen, dass die anderen europäischen Länder der europäischen Asylpolitik folgen und nachkommen. Die Flüchtlinge müssen dort registriert werden, wo sie eintreffen. Sie dürfen ihnen nicht freies Geleit bis zur nächsten Grenze geben, damit sie in einem anderen Land Asyl suchen und nicht dort, wo sie eingetroffen sind.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Kümmern Sie sich doch um die, die hier sind!)

Die Dublin-Regelung muss konsequent angewandt werden. Sie wissen ganz genau, dass wir das nur parteiübergreifend tun können. Ich erinnere daran, dass der letzte große Asylkompromiss nur möglich war, weil die SPD mitgemacht hat, aber nur deshalb, weil sie insbesondere in ihren klassischen Hochburgen unter dem Druck der guten Wahlergebnisse der Republikaner stand. Genau das war die Ursache. Das wissen Sie sehr genau.

Nötigenfalls müssen im Rahmen des EU-Rechts auch befristete Personenkontrollen an den deutschen Grenzen eingeführt werden. Wenn es nicht anders geht, müssen wir auch harte Maßnahmen ergreifen. Wir müssen das Asylverfahren beschleunigen. Dazu brauchen wir mehr Personal beim Bundesamt. Wir fordern ganz gezielt eine Aufstockung des Personals. Wenn für die Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns 1.600 Zollprüfer eingestellt werden, muss das beim Bundesamt in einer vergleichbaren Art und Weise auch möglich sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt lange genug den Innenminister gestellt!)

Die konsequente Abschiebung derer, die kein Bleiberecht haben, ist ein weiterer zentraler Punkt. Wir müssen außerdem natürlich die Aufnahmekapazitäten erhöhen. Dazu brauchen wir auch die Bundesliegenschaften, vor allem die leerstehenden Kasernen.

Deutschland ist in Europa das Hauptaufnahmeland für Asylbewerber. Wir wollen wirklich Schutzbedürftigen helfen. Deshalb müssen chancenlose Asylanträge möglichst schnell abgewiesen und chancenlose Asylbewerber möglichst schnell abgeschoben werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Armut ist ein schlimmes Schicksal, aber kein Grund für die Gewährung von Asyl.

Vor allem können wir die Armutprobleme in der Welt nicht in unserem Land lösen; das geht nur in den Herkunftsstaaten. Sie wissen auch: Wer Schleusern mehrere tau-

send Euro für die Schleusung bezahlen kann, gehört in diesen Ländern nicht zu den Ärmsten der Armen. Die Menschen, die zu uns kommen, haben keine Perspektive. Sie tun uns zwar sehr leid, aber ihre Probleme müssen wir vor Ort lösen. Dafür fordern wir von der Bundesregierung einen Sonderfonds Flüchtlings- und Entwicklungspolitik beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wir müssen gemeinsam vorgehen, damit wir die Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten oder wiedererlangen. Sie sind doch auch draußen unterwegs. Wie oft werden wir denn gefragt: Reißt denn der Strom gar nicht ab?

Wir müssen uns auch mit der Bekämpfung der Schleuserkriminalität befassen. Schleuser sind keine Menschenfreunde, sondern Verbrecher und oft organisierte Kriminelle, die mit den Menschen wie mit Vieh umgehen, Leib und Leben der Menschen in Not riskieren und dafür auch noch Geld kassieren. Gegen sie müssen wir mit aller Härte vorgehen. Übrigens bringen die Schleuser auch das Asylrecht in Verruf. Die Menschen in Deutschland bzw. in Bayern sind nicht dumm. Sie bekommen sehr wohl mit, dass Flüchtlinge in der Lage sind, oft durch Einschaltung der ganzen Familie, auch für Minderjährige mehrere tausend Euro aufzubringen. All das zeichnet kein positives Bild für die Asylbewerber. Deshalb müssen wir diese verbrecherischen Schleuser mit aller Härte bekämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir gehen die Themen von beiden Seiten an. Wir legen Wert auf den humanitären Aspekt, aber auch auf klare Regelungen, um den Zuzug unberechtigter Asylbewerber zu vermeiden und andere, deren Anträge schon abgelehnt sind, konsequent abzuschieben. Deshalb werden wir Ihre einseitigen Anträge ablehnen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Unseren auch? Lesen Sie ihn einmal genau!)

- Wir werden auch den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen. Er ist zwar besser als die Anträge von der SPD und den GRÜNEN, aber aus unserer Sicht auch nicht aus-

reichend. Der CSU-Antrag berücksichtigt alle Aspekte. Er wird der Situation in jeder Hinsicht gerecht. Deshalb bitte ich Sie, ihm zuzustimmen. Das ist die beste Lösung für unser Land und für die Schutzbedürftigen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Weikert das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Schon Ihr erster Satz, Kollege Zellmeier, war schlicht und einfach falsch: Die Situation sei noch nie da gewesen und nicht gekannt. – Ich darf Sie daran erinnern, dass wir in den 90er-Jahren Zugangszahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern von 400.000 bis 450.000 pro Jahr zu verzeichnen hatten. Inzwischen beträgt die Zahl circa 200.000 pro Jahr. Sie liegt also immer noch erst bei der Hälfte. Das schicke ich an dieser Stelle vorweg.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Kollege Zellmeier, ein bisschen Historie sollte man schon im Kopf haben. – Ansonsten war Ihre Rede ein einziges Verschieben, Verdrängen, Abwälzen auf die Zuständigkeiten anderer und ein Sich-nicht-der-Situation-Stellen.

(Beifall bei der SPD)

Am meisten, Kollege Zellmeier, müsste sich der Innenminister über Ihre Rede aufregen. Man kann dem Innenminister viel vorwerfen; aber dass er in der Abschiebungspolitik nicht konsequent ist, ist ein wirklich unzulässiger Vorwurf.

(Beifall bei der SPD)

Nun komme ich zu meiner eigentlichen Rede. Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN für den heutigen Tag nicht nur Anträge für die Plenarsitzung gestellt, sondern wir haben auch be-

antrag, heute Morgen eine Sondersitzung des Sozialausschusses abzuhalten. Die Sitzung hat vor dem Hintergrund der Schlagzeilen und der momentanen realen Situation in Bayern stattgefunden. Markus Rinderspacher hat erwähnt, dass das Rote Kreuz von einer humanitären Katastrophe gesprochen hat. Am meisten hat mich in den letzten Wochen jedoch bewegt, dass nicht nur die Wohlfahrtsverbände und die Opposition, sondern auch redliche Beamte des Freistaats Bayern vor Ort gesagt haben: So geht es nicht mehr, jetzt muss etwas passieren.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Darauf behaupten Sie: Wir kommen unseren humanitären Verpflichtungen nach. – Das finde ich schlicht und einfach bodenlos.

Frau Müller, wir haben heute Morgen in der Ausschusssitzung schon heftig diskutiert. Ich habe Sie mit dem Vorwurf konfrontiert, den ich schlagwortartig jetzt hier wiederholen will. Immer wieder wird behauptet, der Anstieg der Zahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen sei irgendwie durch Einwirkung von außen eingetreten und die Probleme seien durch Fälle von Masern in München oder andere Umstände verursacht. – Nein, die Krisenherde in der Welt haben zu einem Anstieg der Zahlen von Asylbewerbern und Flüchtlingen geführt. Das wird vollkommen klar, wenn man nur die "Tagesschau" sieht. Ich will Sie damit konfrontieren, dass die Zahl der Flüchtlinge nach Bayern von rund 3.400 im Jahr 2008 auf 16.700 im Jahr 2013 gestiegen ist. Im Juni 2011 fand ein Treffen von Innenminister Herrmann mit dem Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg statt. Damals wurde eine gemeinsame Presseerklärung herausgegeben. Darin wird der Präsident des Bundesamts mit den Worten zitiert: "Mit der steigenden Zahl von Menschen, die Gewalt oder auch einfach Armut entfliehen, sind wir gemeinsam vor neue Herausforderungen gestellt". Diese Presseerklärung datiert vom Juni 2011.

Die SPD hat 2011 einen Antrag gestellt, der im Sozialausschuss behandelt wurde. Wir haben bereits damals eine dritte zentrale Erstaufnahmeeinrichtung gefordert. Diese

Forderung haben wir nicht zum ersten Mal erhoben, aber ich will sie als Erstes zitieren. Das Ministerium antwortete damals: Es besteht Einigkeit der Regierungen und aller beteiligten Ministerien darin, dass es einer dritten Aufnahmeeinrichtung bedarf. Die "Immobilien Freistaat Bayern" wurde beauftragt, nach einem Standort zu suchen. – Dies wurde im Mai 2011 verlautbart.

Im Oktober 2011 wurde die Suche gestoppt: Die Kapazitäten seien ausreichend, wurde behauptet, obwohl die Zahlen angestiegen sind; darauf habe ich vorhin hingewiesen. Die Errichtung einer dritten zentralen Erstaufnahmeeinrichtung sei gegenüber dem Finanzministerium nicht zu rechtfertigen.

Zwei Monate später entstand die erste dramatische Situation in Zirndorf: vollkommene Überlastung. Wiederum reichte die SPD einen Antrag ein. In der Sitzung des Sozialausschusses vom 1. Dezember 2011 meinten die Kollegen der CSU, eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung werde nach derzeitigem Stand nicht benötigt. Bei einem Anstieg des Zuzugs bedürfe es jedoch wahrscheinlich einer dritten Erstaufnahmeeinrichtung.

An dieser Stelle möchte ich die Kolleginnen und Kollegen der CSU, der Mehrheitsfraktion, ansprechen. Kollege Seidenath, wir haben viel gestritten. Ich kann wörtliche Zitate von Ihnen anführen. Auch Sie haben Ihre Staatsregierung letztlich nie beauftragt, in dieser Situation aktiv zu werden. Sie haben das Nichthandeln immer unterstützt.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Schon im Dezember 2011 hat der Leiter der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf, ein wirklich sehr besonnener Mann – auch Sie kennen ihn, Frau Müller -, der vor Ort sehr gute Arbeit leistet und in diesen Belangen sehr erfahren ist, eindringlich gefordert, dass in Bayern ein Puffer geschaffen werden muss, um Zirndorf zu entlasten.

Am 1. Februar 2012 gab es einen interfraktionellen Antrag der Oppositionsparteien, die Aufnahmekapazitäten um 50 % zu erhöhen. Auch dieser Antrag wurde von der

CSU-Mehrheit abgelehnt, obwohl das zuständige Bundesamt während des Jahres 2012 seine Prognosen permanent nach oben korrigiert hat. Es kam immer wieder zu Überbelegungen in München und Zirndorf. Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben weiterhin alles verharmlost, verschoben, auf andere abgewälzt und Prognosen ignoriert nach dem Motto: Es wird schon reichen, wir stellen noch ein paar Container auf und schicken einfach viele wieder nach Hause. Das war letztlich der O-Ton aus der CSU-Fraktion.

Im Oktober 2012 stellte die SPD den nächsten Antrag auf eine dritte zentrale Erstaufnahmeeinrichtung und eine Verbesserung der Lage. Wiederum kam es zur Ablehnung. Ich will es an dieser Stelle mit der chronologischen Aufzählung bewenden lassen.

Ich möchte vielen Vorrednern der CSU sagen: Ich finde es schlicht und einfach bodenlos, Herr Kreuzer, dass Sie heute hier sagen, die Opposition wird ihrer Aufgabe nicht gerecht, obwohl alle Redner der Oppositionsparteien heute mit Fakten, mit Anträgen, mit Schriftlichen Anfragen, mit Antworten und Protokollzitate dargelegt haben, dass wir den Dingen sehr wohl immer nachgegangen sind und Sie aufgefordert haben, in bestimmten Fragen endlich aktiv zu werden. Uns dann so etwas vorzuwerfen, finde ich schlicht und einfach bodenlos.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Die Folgen dieses Nichthandelns sind, dass in einem Vorzeigeland wie Bayern, wie Sie so gerne betonen, unmenschliche, unwürdige und – ich füge hinzu – auch gefährliche Zustände herrschen, die nicht hinzunehmen sind. Menschen mussten sogar auf der Straße übernachten, Familien mit Kleinkindern stundenlang vor der Aufnahmeeinrichtung auf Einlass warten, mehrere Stunden für Essen und Getränke anstehen. Bei der medizinischen Versorgung besteht vollkommene Fehlanzeige. Damit werden Menschenleben gefährdet und wird, wie erst gestern berichtet, die Ausbreitung von Infektionskrankheiten in Kauf genommen. Traumatisierungen der ankommenden Flüchtlinge

werden nicht erkannt. Unerkannt sind sie nicht nur für die Betroffenen belastend, sondern – und das bitte ich ernst zu nehmen – bergen auch Gefahren für Helfer und Mitbewohner.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es!)

Auch zu diesem Punkt wurden viele Anträge der SPD-Fraktion schlicht ignoriert. Diese Situation führt aber auch zu einer dauerhaften Höchstbelastung der Beschäftigten in Zirndorf und in München. Was dort zugemutet und geleistet wurde und wird, ist auch vor dem Hintergrund der Fürsorgepflicht einer Behörde gegenüber den Beschäftigten vollkommen untragbar.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Müller, Sie müssen sich etwas einfallen lassen, um das außergewöhnliche Engagement der Beschäftigten angemessen zu würdigen. Das ist wirklich eines der wenigen Dinge, die wir noch machen können. – Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer in ganz Bayern wäre die Situation noch viel dramatischer. So hat zum Beispiel das Klinikum Nürnberg auf freiwilliger Basis mit unbezahlter Arbeit einen Notdienst in Zirndorf eingerichtet. In sozialen Netzwerken wurden Aufrufe gestartet, in denen um Sachspenden, Schuhe, Kleidung etc. gebeten wird. Der Erfolg ist großartig. Es gibt viele Unterstützer. Ehrenamtliche besuchen vor Ort die Unterkünfte und helfen bei der Suche nach Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten. Sie sorgen mit ihrem ehrenamtlichen Engagement für ein Stück Willkommenskultur, eine Aktivität, welche die Staatsregierung vollkommen vermissen lässt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herzlichen Dank an dieser Stelle an alle, die sich im Land Bayern engagieren. Sie alle tragen dazu bei, dass die Ankommenden nach einer traumatisierenden Flucht und nach wirklich schweren Erfahrungen ein Stück Geborgenheit vorfinden und Bayern in nicht ganz so schlechter Erinnerung behalten werden.

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Fakten ist es geradezu fahrlässig, wenn Sie, Frau Müller, die derzeitigen Zustände als nicht vorhersehbar einstufen

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja!)

und behaupten, dass Ihre Politik eine – ich zitiere – verantwortungsvolle Asylpolitik und keine Abschreckungspolitik ist. Die SPD-Landtagsfraktion lässt Sie hier nicht aus der Verantwortung. Die bayerische Flüchtlingspolitik hat vollkommen versagt. Das so gerne von allen Mitgliedern der Staatsregierung dargestellte Vorzeigeland Bayern ist in der Frage der Flüchtlings- und Asylpolitik ein Entwicklungsland.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Jahrzehntelang hat die CSU verleugnet und nicht zur Kenntnis genommen, dass die Bundesrepublik Deutschland und damit auch Bayern ein Einwanderungsland ist. Inzwischen ist dies eine allgemeine Erkenntnis, die, Gott sei Dank, auch bei der CSU angekommen ist und, vielleicht noch mit Fragezeichen, bundesweit fachlich anerkannt ist. Fast als politische Parallele bezeichne ich, dass Sie seit einigen Jahren die Tatsache nicht zur Kenntnis nehmen, dass Europa und damit Deutschland und Bayern ein Ziel internationaler Fluchtbewegungen ist. Sie brauchen wahrscheinlich wieder Jahrzehnte, um sich der Situation tatsächlich zu stellen.

Sie ignorieren internationale Verpflichtungen. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben. Wir haben ein Grundgesetz, in dem das Recht auf Asyl steht. Sie reagieren mit Abwehr, Hinhalten, Vertrösten und wälzen das Thema auf Städte und Gemeinden ab. Nürnberg, Erlangen, München, Bayreuth, Regensburg, Deggendorf, Schweinfurt und jüngst auch Augsburg, aber auch viele Landkreise und kleinere Gemeinden haben sich der Situation gestellt und schnell und unbürokratisch reagiert. Deren Aktivitäten waren wirklich vorbildlich. Ein herzliches Dankeschön an alle, die dort geholfen haben, Schlimmeres zu verhindern.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

- Ich finde es sehr interessant, dass Sie hier eine Unterhaltung führen. Unterhalten Sie sich ruhig weiter. Das zeigt nur Ihre Ignoranz gegenüber dem Thema.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Verantwortung liegt, um das noch einmal deutlich zu sagen, ausschließlich bei der Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion hier im Haus. Innenminister Herrmann ist gerne dabei, wenn es darum geht, das Thema zu verschieben.

Der deutlich kleinere Teil der Flüchtlinge, die aus den westlichen Balkanstaaten zu uns kommen, wird oft als Kern des Problems bezeichnet. Dies ist schlicht falsch. Die SPD hat sich auf Bundesebene nicht verweigert. Sie kennen den Gesetzentwurf; er liegt im Moment im Bundesrat.

Ich sage Ihnen aber gleich, und das sagen alle Experten, die sich damit dauerhaft beschäftigen: Es wird keine Entschärfung des Problems bringen, wenn die westlichen Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Im Grunde bedienen Sie mit solchen Argumenten nur die Stammtische. Ich denke, gerade bei diesem Thema sollten wir sehr aufpassen, welche Worte wir wählen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Neuerdings – das will ich noch kurz sagen – hat der Ministerpräsident entdeckt, dass wir die Grenzen dicht machen könnten. Er möchte gerne Großmacht spielen. Aber da hat er gar nichts zu melden. Das wird nämlich letztlich in Europa entschieden. Ich verweise nur auf den Satz von Bundesinnenminister de Maizière: Dieser Vorschlag aus Bayern ist vollkommen unrealistisch. – Er sagt alles.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, letztlich sollten Sie sich mit der Europaministerin für eine gemeinsame und nachhaltige Flüchtlingspolitik in Europa einsetzen. Das wäre Ihre Aufgabe. Diese Politik des Ignorierens, der Abwehrhaltung, des Hinhaltens, des Vertrös-

tens und der Ablenkung hat dazu geführt, dass Bayern jetzt Krisenmanagement betreiben muss. Die Leidtragenden sind nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch all diejenigen, die täglich mit der Situation konfrontiert sind. Krisenmanagement verursacht aber – ich sage das als Botschaft an den Finanzminister – auch höhere Kosten. Sie müssen jede Immobilie anmieten. Eine Anmietung von Immobilien unter Zeitdruck ist teurer als eine vorausschauende Politik.

Fazit: Menschen verlassen nicht ohne Grund ihre Heimat. Wir sehen jeden Tag Gründe, die Heimat zu verlassen. Für eine Darstellung habe ich jetzt leider nicht die Zeit. Am meisten sind die Nachbarstaaten der Krisenregionen betroffen. Wir brauchen hier in Bayern, in Deutschland, in Europa eine breite Diskussion darüber, wie wir nachhaltig mit dem Thema Flucht und Vertreibung umgehen. Dabei muss klar sein: Europa ist ein Fluchtziel und wird es für lange Zeit bleiben.

Bei dieser Diskussion fordern wir Grundsätze ein: Probleme werden in Bayern nicht gegeneinander, sondern miteinander gelöst. Bayern ist ein weltoffenes Land. Wir stellen uns unserer humanitären Verantwortung vor Ort in den Krisenregionen, aber auch hier in Bayern. Wir führen die Diskussion sachlich und fachlich und vor allem mit Respekt vor den Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens ihr Heimatland verlassen. Wir wählen Worte, liebe Kolleginnen und Kollegen – ich richte das auch an die Staatsregierung –, die Ängste abbauen und nicht schüren. Bei einer solchen Asylpolitik wären wir gerne dabei.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie sind schon für die Zwischenbemerkung bereit. – Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Kollegin Weikert, ich gebe nur einen Hinweis: Sie haben meine Eingangsaussage falsch verstanden. Ich habe von den weltweit größten Flüchtlingsbewegungen gesprochen, die sich bei uns momentan in höheren Zahlen niederschlagen. Die Größenordnung von damals, knapp eine halbe Million, haben wir, Gott

sei Dank, noch nicht erreicht. Aber in diese Richtung geht es natürlich, wenn die Flüchtlingsbewegungen weltweit so groß sind. – Das wollte ich nur noch klarstellen. Ich kann mich noch sehr gut an die Zeit erinnern, als der Asylkompromiss geschlossen wurde.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert): Ich sage darauf nur: Die UNO-Berichte sagen – ich würde einmal harmlos sagen – seit mindestens zehn Jahren, dass die weltweiten Fluchtbewegungen zunehmen, Krisenherde Gott sei Dank zwar weniger werden, aber viele andere dazukommen. Das lasse ich schlicht und einfach nicht gelten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich für die FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Dr. Fahn das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im letzten Jahr lautete ein Antrag der CSU, der sogar noch eine Mehrheit bekam: Asylpolitik menschlich und modern. Unglaublich, wenn man sich die heutigen Zustände in Bayern anschaut!

(Thomas Kreuzer (CSU): Das gilt heute noch!)

- Verehrter Herr Kreuzer, alle Experten sind sich darin einig – ich habe alle Zeitungsartikel dazu gesammelt –, ob es kirchliche Vertreter sind, ob das der Flüchtlingsrat ist, die Münchner Diakonie, die kommunalen Spitzenverbände oder das Rote Kreuz: Was sich derzeit in Bayern abspielt, ist eine humanitäre Katastrophe und eines reichen Landes wie Bayern unwürdig. Das ist menschenverachtend. Fundamentale Versäumnisse zeigen sich jetzt. Um es klar und deutlich zu sagen – ich werde es nachher noch etwas erläutern –: Nicht die Masern in der Bayernkaserne sind schuld, nicht die bösen Italiener, sehr geehrter Herr Innenminister, sondern die Bayerische Staatsregierung

hat die Zeichen der Zeit sehr lange nicht erkannt und merkt jetzt, wie groß die Probleme sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Immerhin gibt es jetzt auch schon einige in der Bayerischen Staatsregierung, die das gemerkt haben, zum Beispiel die Frau Wirtschaftsministerin, die mehr Mut fordert und sagte: 1946 hatten wir 1,7 Millionen Flüchtlinge, das waren 20 % der Bevölkerung. Da müssen wir jetzt auch mehr tun. Der BRK-Chef Leonhard Stärk drückt es so aus: Wir haben Zustände wie nach dem Mauerfall, nur schlimmer, weil konzeptionsloser.

Die Bayerische Staatsregierung hat in der letzten Woche zwar reagiert und ein Maßnahmenbündel beschlossen. Ein eintägiger oder wenige Stunden dauernder Asylgipfel kann aber nicht das aufholen, was in den letzten Jahren versäumt wurde. Wir haben gemerkt – und unser Vorsitzender Herr Aiwanger hat es vorhin auch schon gesagt –: Man hat das Gefühl – oder es war tatsächlich so –, dass die Staatsregierung in den letzten Wochen und Monaten mit Modellautos oder mit der Maut beschäftigt war. Deswegen blieben keine Zeit und Kapazitäten, um sich mit dem sehr wichtigen Thema der Asylbewerber zu beschäftigen.

Der Ministerpräsident sagte am Dienstag noch: Es ist schön, in Bayern zu leben. Ich glaube, es wurde schon ein paarmal gesagt und auch zitiert. Ich habe mich dabei immer gefragt: Was mögen da die Asylbewerber gedacht haben, die unverschuldet hier bei uns in Bayern gelandet sind? – Die Frau Sozialministerin versucht im Moment, die Lage in den Griff zu bekommen. Wir wünschen Ihnen, Frau Müller, bei dieser Aufgabe viel Glück und Durchhaltevermögen.

Wie ist es zu dieser Situation gekommen? – Ich möchte gleich zum Antrag der CSU kommen. Herr Zellmeier hat gesagt, das sei der beste Antrag. Wir haben ihn ein paarmal durchgelesen, Herr Zellmeier. Darin steht praktisch nichts, was man in Bayern tun soll. Darum geht es aber eigentlich. Sie verweisen immer auf den Bund, Sie verweisen auf Europa. Aber dazu, was man in Bayern tun soll, finden wir in dem Antrag nichts.

Dem können wir nicht zustimmen. Das können Sie sicherlich nachvollziehen. Am Schluss steht in drei Zeilen: "Die Asylsozialarbeit, Beratung und ehrenamtliches Engagement ... sind weiterhin zu unterstützen." Herr Zellmeier, das hätten Sie größer herausstellen müssen. Die Asylsozialarbeit muss ausgeweitet werden. Heute Morgen hat Ihre Sozialministerin zumindest schon ein paar Ansätze aufgezeigt. Dazu komme ich noch, weil das in unserem Antrag steht. Frau Weikert hat richtig gesagt: Wenn es nicht die vielen ehrenamtlichen Helfer in Bayern gäbe, die sich unermüdlich engagieren – das sind einige Tausend –, dann würde es in diesem Rahmen ganz schwarz aussehen. Sie können vieles auffangen, was von der Staatsregierung leider versäumt wurde.

Welche Versäumnisse sind das? – Versäumnis Nummer eins ist das Fehlen weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen. Das wurde schon gesagt. Meine Kollegin Gabi Schmidt wird das noch näher erläutern. Wir fordern schon seit einigen Jahren die Schaffung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen. Es wurde immer wieder abgelehnt. Die Vergangenheit hat Sie jetzt eingeholt. Das müssen Sie so akzeptieren.

Versäumnis Nummer zwei ist ein starres Festhalten an der Ideologie der Gemeinschaftsunterkünfte, obwohl jeder weiß – wir haben das auch öfter gesagt –, dass Gemeinschaftsunterkünfte oft Ursache für soziale Spannungen sind. Deshalb sollten Asylbewerber die Möglichkeit haben, GUs früher zu verlassen. Wir haben zum Beispiel schon im Jahr 2009 einen Dringlichkeitsantrag gestellt und einen Gesetzentwurf vorgelegt, dass die Leute Gemeinschaftsunterkünfte nach einem Jahr verlassen können. Ich muss hier Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat zitieren. Er spricht von der Spätfolge der völlig verfehlten Lagerpolitik in Bayern.

Versäumnis Nummer drei ist die Blindheit vor der Realität, obwohl die Situation absehbar war. Schwankungen bei den Asylbewerberzahlen gibt es natürlich immer wieder, das ist normal. Aber die Spannungen in Syrien, im Irak, in Afghanistan und die Lage in der Ukraine – das sagen viele – waren im Prinzip absehbar. Das sagt sogar der Präsident des Bayerischen Landkreistages Christian Bernreiter, der noch dazu von der

CSU kommt. Er sagte am 02.07. im "Münchner Merkur": Diese Situation hat sich bereits seit Jahren abgezeichnet. – Am 10.04. fand hier im Bayerischen Landtag eine Anhörung auf Antrag der FREIEN WÄHLER zum Thema Asylpolitik statt. Daran haben Leute vom Ministerium teilgenommen. Sie haben das alles gehört. Schon damals wurde gesagt, dass die Lage sehr drastisch ist und man konkret etwas unternehmen muss. Frau Ministerin Müller, was haben Sie nach dem April 2014 gemacht? – Wir haben erst in den letzten Wochen gemerkt, dass Sie etwas tätig geworden sind.

Versäumnis Nummer vier ist eine jahrzehntelange Abschottungspolitik anstelle einer Willkommenskultur. Die derzeit prekäre Situation ist auch eine Spätfolge der falschen Asylpolitik der Bayerischen Staatsregierung. Jahrzehntlang wurde gesagt: Wir wollen eine Förderung der Ausreisebereitschaft. Wir haben das, Gott sei Dank, letztes Jahr gemeinsam aus der Asyldurchführungsverordnung gestrichen. Es gab aber Probleme, weil die Investitionen in Erstaufnahmeeinrichtungen in den vergangenen Jahren sehr gering waren. Man hat gesagt: Die sind nicht erwünscht, die sollen schnell wieder hinaus, wir brauchen keine besonderen Vorkehrungen zu treffen.

Versäumnis Nummer fünf ist das Fehlen vorbereiteter Listen oder eine ungenaue Kenntnis möglicher Unterkünfte, zum Beispiel Kasernen usw. Ich habe vor einigen Wochen eine Schriftliche Anfrage gestellt und gebeten, einmal alle staatlichen Unterkünfte zu nennen. Die Staatsregierung hat zweimal Fristverlängerung beantragt, weil diese Liste anscheinend nicht vorlag. Vor zehn Tagen kam sie endlich. Auch das führte zu Problemen.

Versäumnis Nummer sechs ist eine zu späte oder unzureichende Einbindung der Kommunen. Soziale Spannungen entstehen immer dann, wenn Kommunen, wenn Landratsämter zu spät informiert werden. Oft geht es einem Landrat so, dass er freitags erfährt, dass montags hundert Leute in den Landkreis kommen, oder die Bürgermeister erfahren es hinterher. So geht es auch nicht. – Ich darf Ihnen einmal eine E-Mail vorlesen, die das Landratsamt Miltenberg von der Bezirksregierung Unterfranken am 06.08. bekam: Anbei die aktuelle Liste mit am besten morgen unterzubringenden

Personen, in Zirndorf gibt es nur Matratzen, wir benötigen jedes Bett, ob sich die Nachbarschaft freut oder nicht. Darunter: Regierung von Unterfranken. Sie können verstehen, dass ein Landratsamt sagt: Das ist kein Umgang unter Partnern; vielmehr wird der Druck von oben nach unten einfach weitergegeben, ohne Rücksicht auf Verluste. Das Problem hat sich in den letzten Wochen und Monaten aufgestaut.

Versäumnis Nummer sieben: Es gibt zu wenige Stellen in der Asylsozialberatung. Darüber haben wir schon öfter gesprochen. In einigen Fällen war das Verhältnis 1 : 300; Herr Zellmeier hat gesagt, dazu gebe es jetzt einen Zusatzantrag. Es ist so: Noch im Juli – daran kann ich mich erinnern – haben die GRÜNEN im Sozialausschuss in einem Antrag einen Betreuungsschlüssel von 1 : 150 gefordert. Herr Neumeyer hat aber gesagt, das machen wir nicht, das lehnen wir ab. Dann haben wir im Sozialausschuss beschlossen, dass ein Verhältnis 1 : 150 angestrebt wird. Man war ja noch froh, dass die CSU zumindest da mitgestimmt hat. Heute Morgen hat die Ministerin plötzlich gesagt, sie werde den Betreuungsschlüssel auf 1 : 100 ändern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das schlechte Gewissen!)

Da sagen wir: Super, dass sie das gesagt hat. Jetzt kann es sein, dass sie dann sagt: Das gilt nur für Erstaufnahmeeinrichtungen; ich habe das nicht gehört. Ich habe dazu auch noch andere gefragt.

Wir werden unseren Dringlichkeitsantrag deshalb abändern und sagen: 1 : 100 soll der Betreuungsschlüssel sein. Das hat die Ministerin heute Morgen gesagt, und das habe ich mir auch so mitgeschrieben. Dann müssen wir es hier auch so umsetzen. Aber, Herr Zellmeier, warum haben Sie das, was Ihre Ministerin heute Morgen gesagt hat – das waren ja zum Teil positive Ansätze für Bayern, dass zum Beispiel Jugendliche, die in der Ausbildung sind, nicht abgeschoben werden können –, nicht in Ihrem Antrag? – Dann hätten wir nämlich bayerische Aspekte drin und dann wären wir auch geneigt gewesen, dem Antrag der CSU vielleicht sogar zuzustimmen. Das verblüfft uns.

Sie bringen nur Europa-Sachen. Ihre Ministerin versucht, etwas Bayerisches zu bringen, aber wir finden es nicht im Antrag. – Wir fordern auch schon seit Monaten die Aufstockung des Personals, um die Asylanträge schneller und zeitnäher zu machen. Warum geschieht das nicht?

Ein weiteres Versäumnis: Die Asylbewerber müssen möglichst schnell arbeiten können. Das mit diesen drei Monaten wird immer wieder gesagt, aber es ist immer noch nicht konkret umgesetzt. Das geht einfach viel zu langsam.

Das zehnte Versäumnis ist das Fehlen einer europäischen Flüchtlingspolitik, die eine gerechte Verteilung mit sich bringt. Da muss ich zunächst einmal CSU und SPD gleichzeitig ansprechen; wir haben nämlich den Koalitionsvertrag genau angeschaut. Darin steht nichts von einer europäischen Flüchtlingspolitik. Das ist genau der Punkt, der noch geändert werden muss. Ich glaube, das hat auch die CSU inzwischen gemerkt. 90 % der Asylsuchenden werden nämlich von zehn EU-Ländern aufgenommen. Man müsste neue Kriterien festlegen, zum Beispiel eine Verteilung nach der Wirtschaftskraft und der Einwohnerzahl. Deutschland liegt nach absoluten Zahlen relativ gut, aber auf der anderen Seite gibt es nach wie vor viele Länder, die sich da völlig raushalten, meine Damen und Herren. Das muss sich eben auch konkret ändern, und das hat auch Italien gesagt: Wir brauchen einen anderen Schlüssel, damit alle Länder in Europa gleichermaßen berücksichtigt werden.

(Josef Zellmeier (CSU): Einwohnerzahl, nicht Wirtschaftskraft!)

Versäumnis Nummer elf – das ist dann das letzte – ist das Fehlen von Konzepten, um die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern und damit die Fluchtursachen zu bekämpfen. Dieser Aspekt liegt uns natürlich am Herzen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir wollen, dass Sie hier konkret was machen. In Ihrem Antrag steht was drin; wir werden dazu auch Anträge bringen. Es gibt nicht nur eine deutsche Entwicklungspolitik,

es gibt auch eine bayerische Entwicklungspolitik, für die vier Millionen Euro zur Verfügung stehen. Deswegen wäre es ganz wichtig, hier auch Konzepte zu finden.

Im Ergebnis haben wir nach wie vor ein einsturzgefährdetes Haus; das rettet man nicht durch neue Tapeten, sondern nur durch eine Generalsanierung. Dem Antrag der SPD werden wir zustimmen, obwohl der erste Punkt ein bisschen ambitioniert ist: Bis Ende September sollen die Zelte verschwinden; das ist ein bisschen schwierig. Aber gut, es ist ein Auftrag. Beim Antrag der GRÜNEN werden wir uns enthalten, weil verschiedene andere Punkte drin sind. Dem Punkt, der in der Koalition besprochen wurde, dem Vorschlag des Bundesinnenministers, andere Länder wie Mazedonien oder Serbien als sichere Herkunftsländer zu bezeichnen, können wir insgesamt zustimmen.

Den letzten Spiegelstrich der Nummer 5 unseres Antrags wollen wir folgendermaßen ändern:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Asylsozialberatung bedarfsgerecht auszubauen. Dabei ist ein Betreuungsschlüssel von 1 : 100 sicherzustellen.

Über diesen Satz beantragen wir eine Einzelabstimmung. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, bevor ich mit den Wortmeldungen weiterfahre, darf ich bekanntgeben, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt darf ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute, ein Jahr nach dem Ende des Wirkens von Frau Haderthauer als Sozialministerin, immer noch vor dem Scherbenhaufen ihrer Flüchtlingspolitik. Aber es ist natürlich nicht nur die Flüchtlingspolitik der Kollegin Haderthauer gewesen, sondern es war Ihre Flüchtlingspolitik, meine Kolleginnen und Kollegen von

der CSU. Sie war von Anfang bis Ende geprägt von dem Gedanken, den Flüchtlingen den Aufenthalt hier so unangenehm wie möglich zu machen und es ihnen schmackhaft zu machen, Deutschland und auch Bayern möglichst schnell freiwillig zu verlassen. In den letzten Sitzungen der letzten Legislaturperiode haben wir es geschafft, diesen unwürdigen Satz aus unserem Aufenthaltsgesetz zu streichen. Aber er wirkt natürlich noch nach, und es wird noch einiger Anstrengungen bedürfen, dieses Gedankengut aus unserem Asylsystem herauszubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe jetzt einiges zum Thema Förderung der Akzeptanz von Flüchtlingen von Ihnen gehört, Herr Kollege Zellmeier. Ich fand Ihre Ausführungen gespalten; denn Akzeptanz für Flüchtlinge erhöht man nicht, wenn man Grenzkontrollen fördert, wenn wir sagen, es sollen nicht mehr werden, es sind zu viele, wir haben eine Flut, und wir können diese Aufgabe nicht stemmen, wie es manchmal auch in den Presseerklärungen des Sozialministeriums der Fall war. Ich sage: Die 30.000 bis 35.000 Flüchtlinge, die in diesem Jahr hier Schutz suchen, muss ein Land wie Bayern mit seinen zwölf Millionen Einwohnern gut bewältigen können. Wenn wir wollen, schaffen wir das auch gemeinsam. Man muss nur wollen;

(Beifall bei den GRÜNEN)

man sollte sich hier nicht selber bedauern, weil eine Aufgabe auf einen zukommt. Ich denke, wir müssen aufhören mit diesem unwürdigen Spagat zwischen der Erklärung zur Bereitschaft zu humanitärer Hilfe und der Forderung nach einem größeren Recht, Flüchtlinge an den Grenzen abzuwehren.

An dieser Stelle möchte ich noch ein Wort zu den Staaten sagen, die Sie als sichere Drittstaaten bezeichnen. Ein Staat wird nicht dadurch sicher, indem er von Ihnen dazu ernannt wird, sondern ich denke, wir müssen die Berichte des Menschenrechtskommissars nachlesen und prüfen, wie die Situation dort wirklich ist. Man muss nur jüngste Pressemitteilungen ansehen: Im April wurden beispielsweise in Belgrad mehr als

1.000 Roma Opfer rechtswidriger Zwangsräumungen; im Kosovo herrscht weiterhin Straffreiheit für Kriegsverbrechen, die gegen Sinti und Roma verübt worden sind. Nach wie vor kommt es im Norden des Kosovo zu gewaltsamen Zusammenstößen und so weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, Europa muss endlich wesentlich mehr tun, um Europas größter Minderheit gerecht zu werden und deren Situation zu verbessern. Hier sind unsere Anstrengungen gefordert; hier haben wir erheblichen Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu Ihren Ausführungen zur angeblich besseren Verteilung der Flüchtlinge in Europa. Da hat man von Ihnen in den letzten Wochen doch sehr Unterschiedliches gehört. Man hat beispielsweise von Ihnen gehört, dass man eine Quotenlösung braucht, und man hat gehört, dass Italien mehr tun müsse und so weiter. Als ich das gelesen habe, habe ich mich immer gefragt: Warum kümmern Sie sich um die Flüchtlinge an der Grenze von Österreich nach Deutschland? Warum machen Sie sich nicht ab und zu Gedanken über Flüchtlinge im Mittelmeer, die Italien derzeit noch über die Operation Mare Nostrum zu retten versucht, was häufig genug nicht funktioniert, obwohl der italienische Staat erhebliche Mittel dafür einsetzt? Seit Juni sind im Mittelmeer insgesamt wieder über 2.000 Menschen ertrunken. Ich denke, wir müssen uns mehr Gedanken darüber machen, Menschen zu retten, als darüber nachzudenken, wie man Menschen an den unterschiedlichen Grenzen in Europa am besten kontrolliert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was müssen wir in Bayern tun? – Wir haben jetzt einiges zur Erstaufnahme und zu der Frage gehört, wie man die Kapazitäten angemessen zu erhöhen gedenkt. Aber das war für mich nicht nachvollziehbar, und ich hätte gerne eine detaillierte Aufstel-

lung, wie die Plätze an den verschiedenen Stellen aufgestockt werden und wie in Zukunft vermieden wird, dass weiterhin Tag für Tag neue Ad-hoc-Lösungen in Angriff genommen werden, wie sie den ganzen Sommer über in der Bayernkaserne und in Zirndorf praktiziert worden sind. Diese Verhältnisse müssen endlich, und zwar so schnell wie möglich, ein Ende haben. Aber wie das geschehen soll, ist noch nicht erklärt worden. Bisher wurden nur die Absicht und die Bereitschaft erklärt, dass die Verhältnisse beendet werden. Aber ein Konzept ist nicht in Sicht, allenfalls für Mitte des Jahres 2015, wenn die verschiedenen Einrichtungen, die auch auf eine starke Initiative der Kommunen auf den Weg gebracht werden, verfügbar sind.

Wir müssen uns auch so bald wie möglich nicht nur über die Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen, sondern auch über die Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften und in den dezentralen Unterkünften unterhalten. Hier gilt es, zunächst einmal einen Paradigmenwechsel vorzunehmen. Viele Menschen müssen in Bayern viel zu lange in Gemeinschaftsunterkünften leben, die diese Bezeichnung nicht verdienen. Flüchtlinge wohnen oft vier, fünf oder sechs Jahre in einer Gemeinschaftsunterkunft. Gestern traf ich jemanden, bei dem das 14 Jahre der Fall ist. Da leben vier, fünf oder sechs Personen in einem Raum, mit einer Küche und mit sanitären Einrichtungen, die mit 60 anderen Personen geteilt werden müssen. In diesen Unterkünften gibt es keine Privatsphäre und keinen Schutz, und in diesen Unterkünften ist es besonders schwer für Menschen, die ein Trauma haben und die schlimme Erlebnisse in ihrem Heimatland und bei ihrer Flucht zu verarbeiten haben.

Ich denke, wir müssen dafür sorgen, dass demnächst so viele angemessene Unterkünfte wie möglich nicht nur angemietet, sondern auch errichtet werden und dass Menschen schneller aus den Unterkünften ausziehen dürfen. Die unsinnige Verpflichtung, jahrelang in den teilweise unwürdigen Unterkünften zu wohnen, muss so schnell wie möglich abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch etwas zur gesundheitlichen Versorgung sagen. Es ist außerordentlich bedauerlich, dass in einem Land wie Bayern Flüchtlinge in einer Erstaufnahmeeinrichtung oft acht oder neun Tage lang medizinisch nicht untersucht und, egal, welche Krankheit sie haben – vielleicht haben sie offene Tbc, was nach einer Flucht ja durchaus vorkommen kann –, in 100-Betten-Sälen einquartiert werden. Das kann nicht sein, und ich hoffe, dass auch das so schnell wie möglich ein Ende findet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hoffe auch, dass wir es bald schaffen, die gesundheitliche Versorgung endlich deutlich zu verbessern. Viele Flüchtlinge bekommen keine psychologische Hilfe, obwohl sie traumatisiert sind, und auch nur eine reduzierte sonstige medizinische Hilfe.

Wir wollen außerdem, dass der Betreuungsschlüssel deutlich verbessert wird. Darüber haben wir im Sozialausschuss schon viel gestritten. Aufgrund unseres Antrags beschlossen wir nun, dass ein Betreuungsschlüssel von 1 : 150 angestrebt werden soll. Aber davon sind wir weit entfernt. Wenn man in die Landkreise geht, findet man reale Verhältnisse mit einem Betreuungsschlüssel von 1 : 250. In den Unterkünften gibt es viele Asylbewerber, die entweder überhaupt nicht wissen, dass es eine Sozialberatung gibt, oder die gar nicht die Chance haben, eine solche in Anspruch zu nehmen, obwohl sie für sie oft sehr notwendig wäre. Asylsozialberatung ist für ein vernünftiges Asylverfahren in Bayern sehr wichtig. Wenn Sie einmal die Bescheide ansehen, die ein Flüchtling vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekommt, erkennen Sie, dass sie jemanden zum Dolmetschen brauchen, selbst wenn sie vorher fleißig Deutsch gelernt haben.

Es ist auch wichtig, dass Perspektiven aufgezeigt werden. Die Asylsozialberatung ist, auch weil es zu wenig Betreuung für Ehrenamtliche gibt, der letzte Anknüpfungspunkt für Ehrenamtliche, die mit ihrem Latein an die Grenzen geraten. In der jetzigen Situation mit sehr vielen neuen dezentralen Unterkünften gibt es in den Gemeinden sehr viele Ehrenamtliche, die sich neu in diese Aufgabe begeben, natürlich Informations-

und Beratungsbedarf haben und die vielleicht auch einmal eine Supervision brauchen. Um die Akzeptanz zu erhalten, ist es wichtig, dass wir die Ehrenamtlichen, die sich um diese Aufgabe kümmern, besser unterstützen. Das wäre wesentlich wichtiger als die Schritte, die Sie skizziert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wichtig ist auch, dass wir die Kommunen nicht mehr wie bisher im Stich lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben sich zudem der Aufgabe des Auffindens geeigneter Unterkünfte entledigt. Sie haben diese Aufgabe auf die Landkreise und die kreisfreien Städte übertragen und sich ihrer entledigt. Wir haben zwar beschlossen, dass in Zukunft die Jugendhilfe für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zuständig sein soll, und das ist auch gut so; die Landkreise, in denen besonders viele Jugendliche ankommen, zum Beispiel in Rosenheim, Passau, Kempten, Füssen usw., werden aber bei der Einstellung von zusätzlichem Fachpersonal nicht unterstützt. Man kann sich vorstellen, dass zum Beispiel das Jugendamt in Rosenheim, das allein in diesem Jahr 250 neu ankommende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu versorgen hat, das nicht mit dem bisherigen Personal nebenbei machen kann. Auch hier möchten wir nicht erst für das Jahr 2015 oder 2016, sondern ab sofort eine bessere Unterstützung der Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben viele jugendliche Flüchtlinge kennengelernt, die Berufsschulklassen besuchen, und mehrere Klassen haben auch schon hier im Landtag über die bayerische Flüchtlingspolitik diskutiert. Ein gewisser Teil der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Bayern hat die Chance, in Integrationsklassen von Berufsschulen aufgenommen zu werden und anschließend eine Ausbildung zu beginnen. Wir wünschen uns, dass alle Jugendlichen in Bayern diese Chance bekommen. Wir wünschen uns aber auch, dass alle Jugendlichen anschließend an die Integrationsklassen die Möglichkeit

erhalten, mit einer Ausbildung zu beginnen und ihnen dies nicht von der Ausländerbehörde vor Ort untersagt wird. Wir haben derzeit eine ganze Reihe von Jugendlichen, die eine Ausbildung hier in unserem schönen Bayern beginnen durften und von denen Handwerksmeister sagen: Mit dem mache ich eine Elektrikerausbildung; oder: Der kann bei mir als Sportartikelverkäufer anfangen. Aber leider gibt es oft ein Nein, ein Veto des Ausländeramts. Es ist für die jungen Leute natürlich außerordentlich frustrierend, dass sie bloß deswegen, weil sie im Asylverfahren lediglich einen Duldungsstatus bekommen haben, hier praktisch zum Nichtstun bestimmt werden. Eigentlich ist nichts schlimmer für einen jungen Menschen, als wenn er nichts tun, nichts anpacken darf, obwohl er anpacken will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte, weil der Herr Innenminister so schön in der letzten Reihe sitzt und ihm natürlich auch die Bekämpfung der Schleuserkriminalität ein großes Anliegen ist, auch sagen, was die wesentlichen Schritte für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität wären. Das sind legale Fluchtmöglichkeiten für die Menschen, die letztendlich ihre ganze bisherige Existenz aufgeben müssen und die nun um ihr Leben fürchten. Wir haben in Syrien die Situation, dass mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung vertrieben worden ist. Die Hälfte der Bevölkerung hat ihren Beruf, ihre Nachbarschaft, ihr Haus, ihren bisherigen Besitz, sie hat alles verloren und nur ihr Leben retten können. Diese Hälfte der Bevölkerung ist perspektivlos und sucht nach irgendeinem neuen Weg, nach irgendeiner neuen Existenz. Ich meine, dass es Bayern gut anstünde, ein Landesaufnahmeprogramm für syrische und irakische Flüchtlinge auf den Weg zu bringen, um Menschen in Not wenigstens für die nächsten drei Jahre eine sichere Bleibe zu verschaffen. Das wäre ein wichtiger Schritt, um den Menschen zu helfen, die in Not sind und denen geholfen werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Da hilft es auch gar nichts, wenn man bloß immer darüber redet, dass man die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen muss. Wenn man nichts dafür tut, hilft das gar nichts. Man muss endlich anpacken und etwas tun.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn Sie möglichst vielen Anregungen unseres Dringlichkeitsantrags zustimmen würden. Ich denke, das sind richtige Schritte, um tatsächlich Wege zu finden, der größten humanitären Katastrophe, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg derzeit haben – so hat es der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen formuliert –, gerecht zu werden. Bayern kann das, und Bayern kann mehr, als Sie derzeit tun.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Neumeyer das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Neumeyer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schlaumeier, die unser Vorgehen als menschenunwürdig bezeichnen, verhindern im Bundesrat, dass Kommunen entlastet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist kein Zitat von der CSU, das ist ein Zitat von Herrn Reinhold Spaniel, SPD-Politiker in Duisburg. Das heißt, dass das Thema alle berührt. Er schreibt in seinem Bericht in der "taz": Alle sollen einmal auf Bürgerversammlungen gehen, wenn wir um Gemeinschaftseinrichtungen kämpfen. Die sind nicht vergnügungssteuerpflichtig.

Ich hatte gestern ein Telefongespräch, wie wahrscheinlich viele von Ihnen, wenn es um dieses Thema geht. Die Dame hat gesagt: Wir sind einverstanden, dass wir Flüchtlingspolitik in Bayern machen, aber irgendwann kommen wir an eine Grenze. Sie erhalten mit Sicherheit ebenso wie ich anonyme Schreiben, in denen nicht immer nur gejubelt wird, sondern die eher beleidigen und teilweise auch über das Maß des Zulässigen hinausgehen.

Das Thema, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist also, wenn ich den Duisburger Politiker zitiere, kein bayerisches Thema, sondern ein Thema für alle Bundesländer. Wir stoßen an unsere Grenzen, sagt zum Beispiel der Innenminister von NRW, Herr Jäger von der SPD. Seit circa zwei Jahren ist die Situation in der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe sehr angespannt. Baden-Württemberg ist ein grün-regiertes Land. Die Kapazitäten sind überlastet im grün-regierten Land. Das heißt also, dass das Thema in allen Bundesländern von großer Bedeutung ist. Ähnlich wie in Bayern gab es in Karlsruhe im August eine Masernerkrankung. Wenn man den Blick immer nur auf Bayern richtet, dann liegt man einfach falsch, weil es in allen Bundesländern große Probleme gibt. Wie mir der Blick in alle Zeitungen zeigt, gibt es keine Hellseher. Es gibt in anderen Bundesländern keine Wunder. Es gibt nur Realpolitik, und diese ist nicht ganz einfach. Im Nachhinein wissen wir alles, vorher wissen wir relativ wenig.

Es gibt eine Aussage des UN-Flüchtlingskommissars António Guterres. Er lobt den deutschen Einsatz für die Flüchtlinge. Er sagt, in Europa hat Deutschland den höchsten Anteil an Flüchtlingen. Ich weiß natürlich auch, dass der Anteil pro tausend Einwohner in Schweden, in Luxemburg, in Malta höher ist. Aber insgesamt liegt Deutschland zahlenmäßig nicht schlecht.

Es gibt die Aussage aus Niedersachsen von Herrn Boris Pistorius: Ich übe Kritik an dem Umgang der restlichen EU-Staaten, die sich bei dieser Thematik sehr zurückhaltend zeigen. Es ist nämlich keine Lösung, die leidenden Menschen nur nach Deutschland zu schicken. Die EU kann doch nicht nur eine gefragte Institution sein, wenn es um Subventionen geht. Solidarität ist gefordert, wenn es um diese menschlichen Dramen geht. Da fehlt mir wirklich der europäische Gedanke.

Deshalb, denke ich, ist eine Art Königsteiner Schlüssel für Europa eine Chance. Er brächte vielleicht mehr Gerechtigkeit und mehr Verpflichtung für alle Länder, mehr Verantwortung für die Menschen zu übernehmen.

(Beifall bei der CSU)

Nehmen Sie Dublin II oder Dublin III. Ich muss ganz ehrlich sagen: Auch hier ist Solidarität von allen Ländern gefragt. Ich denke mir, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir lehnen die Einrichtungen in Polen ab, wir lehnen die Einrichtungen in Italien ab, wir lehnen die Einrichtungen in Spanien ab. Dann bleibt am Schluss wirklich nur noch ein Land übrig. Das ist doch keine Politik, die wir gemeinsam machen wollen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir auch bei Dublin II fordern, dass es eine Art Königsteiner Schlüssel gibt.

Zur Anerkennung der sicheren Herkunftsländer möchte ich sagen: Ich war selber in Berlin dabei, als wir diese Sätze gemeinsam mit der SPD formuliert haben. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich weiß, dass es mit Sicherheit für die GRÜNEN ein schwieriges Thema ist, weil es natürlich auch um das individuelle Asylrecht geht. Aber ich sage Ihnen auch: Für uns, für die CSU war es angesichts unserer DNA auch sehr schwierig, die doppelte Staatsbürgerschaft anzuerkennen. Man muss sich in der Politik manchmal auch öffnen und neue Wege gehen. Ich bitte die GRÜNEN, diesen Weg hier zu gehen, um 20 bis 30 % der Personen unterzubringen, um die anderen schneller zu behandeln und die Gerechtigkeit zu erhöhen.

Außerdem fehlt mir bei der Europäischen Union eine Roma-Strategie. Wo ist diese groß angekündigte Roma-Strategie, die die Nationen plus die EU zu verantworten haben? Da heißt es: Roma-Strategie 2020. Wir haben 2014, und es passiert fast nichts. Entscheidend ist, dass man vor Ort etwas macht. Dazu brauchen wir natürlich Deutschland, natürlich England; aber wir brauchen die EU insgesamt, damit es so funktioniert, wie wir das wollen. Wir wollen, dass die Verfahren in drei Monaten abgehandelt sind. Das ist ein wichtiger Weg. Das bedeutet auch mehr Mitarbeiter beim BAMF. Ganz ehrlich: Ich war bei einigen Gesprächen im BAMF dabei und weiß, wie das abläuft: Super Leute, hoch motiviert. Da braucht man mehr, damit man dies richtig abhandelt. Ich denke, da können wir viel erreichen.

Noch etwas, meine sehr verehrten Damen und Herren: Nicht nur mir persönlich, sondern vielen von uns, tut es wirklich weh, wenn man im Fernsehen die Bilder vom Mit-

telmeer sieht, wenn man sieht, was in den arabischen Staaten abläuft, vom Arabischen Frühling zum humanitären Winter, zur Barbarei gegen jegliche Zivilisation. Da werden Menschen geköpft, James Foley, ein Synonym für Journalisten, der nur Journalist ist, um von dort zu berichten. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Das ist eine Herausforderung der Zivilgesellschaft. Wir müssen als zivile Gesellschaft aufstehen und sagen: So geht es nicht.

Ich habe ein sehr gutes Verhältnis zu den Jesiden in München und Bayern. Wir haben 500 Jesiden in Bayern. Ich habe ihnen geholfen, damit man ihnen in einer gewissen Art und Weise auch in München Chancen gibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Weltgemeinschaft, die Europäische Gemeinschaft muss wirklich darüber nachdenken, Chancen zu eröffnen, um Jesiden weltweit unterzubringen; denn das, was dort unten passiert, ist Vernichtung, Tötung, Kreuzigung in dieser Reihenfolge auch für die Christen natürlich. Was unser System jetzt noch mehr beschäftigt, ist der IS, diese ISIS. Ehrlicherweise müssen wir bei dieser Thematik aber auch fragen: Wer bezahlt die Typen? Woher kommt das Geld? Woher kommt das militärische Know-how?

(Zuruf von der SPD: Wer liefert die Waffen?)

– Wer liefert die Waffen? Ganz richtig. Alle muss man ansprechen. – Entscheidend ist dieser Druck auf die Menschen in Syrien, im Iran und Irak. Ich war in Dohuk und habe gesehen, was dort mit Christen passiert. Da bist du schockiert.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir als Zivilgesellschaft aufstehen und sagen: So machen wir nicht weiter.

(Beifall bei der CSU)

Heute Vormittag hat der Asylgipfel stattgefunden. Ich muss Ihnen sagen, dass das eine gute Sache war.

(Markus Rinderspacher (SPD): Viel zu spät!)

- Viel zu spät? Herr Rinderspacher, ich darf Sie daran erinnern: Letztes Jahr im Juli war die Räumung des Rindermarktes. Danach war schon ein Integrationsgespräch in der Staatskanzlei mit Herrn Ude und Herrn Seehofer.

(Angelika Weikert (SPD): Welche Konsequenzen?)

- Eine Konsequenz war zum Beispiel die Abschaffung der Essenspakete. – Ich bitte Sie, Sie schütteln den Kopf. Das ist eine Art der Politik. Durch solche Tagungen entstehen auch Taten, und für diese Taten benötigt man auch Gelder im System.

Dieser Asylgipfel ist in der Konstellation, wie er war, eine hervorragende, positive Ausrichtung für die Asylpolitik in Bayern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehen Sie sich das Papier der Staatsregierung an: Wir steigern die Zahl der Plätze von 3.500 auf 6.600. Das ist eine riesige Chance. Wir wissen, dass der Winter naht. Der Winter bedeutet, dass sich der Zuzug erhöht. Noch mehr Flüchtlinge kommen zu uns, bedingt auch durch die Jahreszeit. Deshalb ist dies kein schlechter Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich denke, wir müssen trotz allem, trotz dieses Asylgipfels, trotz dieses Papiers der Staatsregierung, trotz unserer Debatte über den Tellerrand hinaussehen. Wir müssen in der Zukunft mehr die soziale Stadt fördern, das Quartiersmanagement.

(Unruhe – Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

- Ich weiß das, Frau Kollegin. Ich fordere die soziale Stadt, weil es eine riesige Einrichtung ist. Ich fordere das Quartiersmanagement. Ich fordere auch in der Gesundheitsversorgung vernünftige Lösungen. Ich fordere eine bessere personelle Ausstattung, um die Chancen für die Menschen zu erhöhen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass dieses Thema emotional besetzt ist. Ich bin selber sehr stark davon berührt, weil ich in der Thematik stecke und sehr oft unterwegs bin. Wenn ich am Hallplatz mit Naqib Hakimi, dem Sprecher dieser

Flüchtlinge, spreche, berührt mich, was hier abläuft; man kann dann nicht einfach zur Tagesordnung übergehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist aber der Teil, den wir auf der Seite der Flüchtlinge sehen. Wir dürfen aber nie vergessen, die Bürgerinnen und Bürger bei dieser Thematik mitzunehmen. Das heißt für mich Offenheit, Transparenz und Ehrlichkeit

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

und gemeinsam Lösungen zu finden. Dieses Thema ist kein parteipolitisches Thema. Dieses Thema ist ein Thema der Zukunft für die Demokratie.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich dem Herrn Kollegen Taşdelen für die SPD das Wort erteilen. Sie haben noch drei Minuten und 35 Sekunden, Herr Kollege.

Arif Taşdelen (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat fehlt mir jetzt die Zeit, hier eindringlich auf deine Rede, lieber Martin Neumeyer, einzugehen. Wenn man hört, wie leidenschaftlich du in diesem Thema steckst und wie leidenschaftlich du dieses Thema diskutierst, könnte man wirklich meinen, dass die CSU-Fraktion die Asylpolitik, die Flüchtlingspolitik ernst nimmt.

(Zurufe von der CSU: So ist es auch! Das tun wir auch!)

Spätestens ein Blick in Ihren Antrag zeigt, dass genau das Gegenteil der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

- Das geht alles von meiner Zeit weg.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Neumeyer, wenn Sie das nächste Mal am Hallplatz sind, dann erzählen Sie doch den Menschen, die dort seit Wochen demonstrieren und streiken, dass die CSU die Lösung parat hat, indem sie alle bayerischen Grenzen dicht macht, damit keiner zu uns kommen kann. Somit müssten Sie sich mit dem Problem gar nicht mehr beschäftigen. Das können Sie denen sagen.

(Unruhe bei der CSU)

Es ist auch in der Tat der Gipfel, dass der Asylgipfel erst jetzt stattfindet. Das Kind ist schon tausendmal in den Brunnen gefallen, und Sie brüsten sich damit, dass jetzt ein Asylgipfel stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Fraktionsvorsitzender der CSU, Herr Kreuzer, Sie haben auf die Rede meines Fraktionsvorsitzenden erwidert, dass wir uns als SPD-Fraktion die Tätigkeitsbeschreibung des Chefs der Staatskanzlei genau ansehen sollten. Sie haben davon gesprochen, dass man nicht in Brüssel und in Berlin agieren und gleichzeitig auch noch hier in Bayern die Geschicke lenken könne. Das könne man nur machen, wenn man einen Staatskanzleiminister habe, und wir hätten keine Ahnung von der ganzen Geschichte. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, diese Tätigkeitsbeschreibung – für die frühere Staatskanzleichefin ist das jetzt zu spät – dem zukünftigen Staatskanzleichef zu geben. Wir haben eine Staatskanzlei, wir haben eine Sozialministerin, und wir haben eine Europaministerin. Drei Ministerien beschäftigen sich damit, und jetzt auf einmal tun wir so, als kämen die Flüchtlinge ganz überraschend: Sie stehen vor unserer Tür, und wir haben angeblich nicht erahnen können, dass so viele Flüchtlinge nach Bayern kommen. Jedes Privatunternehmen wäre längst pleite, wenn es so vorausschauend bzw. so wenig vorausschauend geplant hätte.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Man muss fast sagen: Bayern ist trotz CSU-Regierung ein so starkes Land und hat starke Kommunalpolitiker.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der CSU)

Da meine Redezeit bald zu Ende ist, sage ich noch: Die Ministerin berichtet darüber, dass diese Menschen viel Leid und Kummer erlebt haben. Auch ich habe in Zirndorf Leid und Kummer gesehen. Ich habe die Kindertageseinrichtung dort besucht und die Bilder an den Wänden gesehen, die diese Kinder gemalt haben. Es waren keine Häuser, keine Blumen und keine Herzchen, die sie gemalt haben, sondern Hubschrauber, Düsenflieger, bewaffnete Menschen und Panzer, Menschen, die blutend am Boden liegen. Solche Bilder habe ich gesehen.

Wir lösen die Probleme der Politik nicht, indem wir den Italienern Vorwürfe machen. Das tun Sie in Ihrem Antrag. Wir lösen sie auch nicht, indem wir die bayerischen Grenzen dicht machen.

Wir stimmen dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu. Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu. Ich gebe aber ausdrücklich zu Protokoll, dass wir bei Nummer 8, was die sicheren Herkunftsstaaten anbelangt, etwas anderer Meinung sind. Wir stimmen diesbezüglich logischerweise mit der Vereinbarung der Großen Koalition überein.

Präsidentin Barbara Stamm: Und jetzt machen wir einen Punkt, Herr Kollege. –

Der Herr Kollege Pfaffmann kommt Ihnen entgegen. Er hat noch eine Zwischenbemerkung. – Herr Kollege Pfaffmann, bitte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er zieht zurück! – Zurufe)

Das geht von der Geschäftsordnung her nicht. Oh ja, Herr Kollege, das geht nicht. Es tut mir leid; die Geschäftsordnung ist geändert.

Arif Taşdelen (SPD): Ich habe noch einen Satz.

Präsidentin Barbara Stamm: Einen Satz, bitte.

Arif Taşdelen (SPD): Weil ich heute im Pressespiegel gelesen habe, die Tür für Herrn zu Guttenberg sei offen, sage ich: Bayerische Grenzen dicht zu machen, aber die Tür für Herrn zu Guttenberg zu öffnen, ist zu wenig Asyl- und Flüchtlingspolitik, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich der Frau Kollegin Schmidt von den FREIEN WÄHLERN das Wort erteilen. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Gipfeltreffen über einem Abgrund ist ein makabrer Ort für einen Gipfel. Es war zu spät, es war zu weit, es war im Moment eine unsägliche Situation.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich habe mir einiges aufgeschrieben. Wir haben heute Vormittag schon gehört, wer alles in Zirndorf war. Wir haben es vor der Haustüre. Wenn der Herr Kollege Neumeyer sagt, wir müssen die Menschen vor Ort mitnehmen, sie seien feindlich gesinnt, möchte ich Ihnen mitgeben: Wir in Mittelfranken sind Profis auf diesem Gebiet. Bei uns sind die Menschen nicht feindlich gesinnt, und ich habe noch keinen solchen Brief aus der Gegend erhalten. Ich habe wohl solche Briefe erhalten, nicht aber aus der Gegend.

Ich möchte Kollegin Guttenberger zitieren: Das ist kein Zustand, den man auf Dauer ertragen kann. Es geht schließlich um Menschen. – Nicht einmal mehr Ihre eigenen Leute sind davon überzeugt, dass Bayern hier gut handelt und wir ein Vorausdenken geschafft haben.

Ich möchte hier auf Zirndorf eingehen. Dort wird gefeiert und zugeschaut, wenn ein Grundstück, das zur medizinischen Versorgung vorgesehen war, von der Nachbargemeinde

meinde nun als Brachfläche ausgewiesen wird. Ich möchte keine der politischen Gruppierungen ausnehmen, auch nicht meine. Man hatte Angst zu handeln. Statt eines medizinischen Versorgungszentrums nun eine Brachfläche zu haben, ist eine Schande für uns alle. Eine Ortsumgebung ordnet man leichter an.

Man lässt sich sogar feiern. Man schürt Vorurteile: Wer betrügt, der fliegt. Dass das funktionieren kann, hat man ja gesehen. Der Druck, der in den Kommunen herrscht, wenn Sie so etwas behaupten, ist immens. Wir brauchen eine Willkommenskultur. Wie gehen wir mit Menschen um? Wie überfordern wir die Menschen vor Ort, die dort arbeiten? Das betrifft sowohl die Menschen im Ehrenamt als auch in der Verwaltung. Was unterstellen wir dem Bundesamt, wenn wir von Missbrauch sprechen? – Herr Kollege Neumeyer, Herr Kollege Zellmeier und vor allem Sie, Herr Kreuzer, sagen, wir hätten die erfolgreichste Regierung in ganz Deutschland. Deutschland sei das erfolgreichste Land überhaupt. Was behaupten Sie von einem Bundesland, wenn Sie sagen, dort werde Missbrauch zugelassen? Das ist eine Unterstellung.

Herr Kollege Zellmeier, Sie haben gesagt, ich hätte vergessen, dass Bayern den Betreuungsschlüssel erhöht habe. Sie haben vergessen, dass Sie fast zehn Jahre in Berlin mitregieren. In Ihrem Wahl-Flyer steht, Sie bilden die Meinung in Europa. Wo war diese bei der Flüchtlingspolitik? Sie haben die Verträge unterschrieben. Sie haben dafür geradezustehen. Sie regieren hier in Bayern und nicht in NRW, nicht im Saarland oder in Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich finde es unwürdig, wenn wir Abgeordnete oder die Kollegen im Bund darüber entscheiden müssen, was ein sicherer Ort ist. Es gibt Institutionen und Menschenrechtskontrollgremien, die das entscheiden. Keiner von Ihnen hat jemals als Homosexueller in Georgien oder als Sinti oder Roma in Albanien gelebt. Ich weiß nicht, was das für ein Druck ist. Dafür gibt es Organisationen, die das einschätzen und an den Bund weitergeben. Ich möchte diese Entscheidung für niemanden fällen.

Ich bitte Sie, lassen Sie uns den Menschen, an die Sie eine Einladung ausgesprochen haben, ein anderes Gesicht zeigen. Sie haben in jeder Regierung unterschrieben, dass das unsere Flüchtlingspolitik ist. Wenn die Menschen schließlich kommen, sollten sie nicht nachts in Zirndorf vor der Tür liegen müssen. Wir haben Glück, dass wir eine wirklich gute Polizei haben, die hilft und Registrierungen vornimmt. Die Menschen vor Ort sind engagiert. Im Bericht steht, dass sogar die Kapelle belegt ist. Nicht nur die Kapelle ist belegt, sondern auf dem gesamten Gelände leben Menschen. Bereits heute früh habe ich gesagt, dass es sich um ein kleineres Gelände als den Bayerischen Landtag handelt. Ich möchte mit keinem von Ihnen, auch nicht mit denen, die ich wahnsinnig gerne mag, über eine Woche auf so engen Raum leben müssen. Den Menschen muten wir Garagen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Frau Ministerin, Ihnen glaube ich das sogar. Manchmal halte ich es jedoch für Etikettenschwindel und eine Verzögerungstaktik, wenn sich die Frau Ministerin in der Asylfrage überholt. Das haben wir heute Morgen gehört. Es wurde bereits ein paar Mal zitiert, dass der Antrag zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels im Juni oder Juli gestellt wurde. Zu diesem Thema ist nichts passiert. Die Kirchen fordern das ein. Ich bitte Sie, dass Sie irgendwann ihr "C" in CSU an der Kasse abgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Regierung von Mittelfranken leistet Überstunden. Die Mitarbeiter des BAMF, die nicht alle hier wohnen, leisten Überstunden. Warum hat es die Vereinbarung gegeben, dass vorerst nur mit Mitarbeitern der Bundeswehr aufgestockt wird, wenn Sie schon fast zehn Jahre an der Regierung sind? Warum haben Sie das nicht schon geändert, wenn Sie die Lösungen haben? Wir sprechen von Bundesliegenschaften. Die Kommunikation mit den Kollegen im Bund funktioniert scheinbar überhaupt nicht. Ansonsten wüssten Sie, was Ihnen gehört. Ich weiß auch, was mir gehört. Das muss doch mach-

bar sein. Sie wollen eine Maut einführen und wissen nicht einmal, wo Kasernen frei sind. Das ist unverständlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Eines noch: Halten Sie Ihren nächsten Gipfel nicht über einem Abgrund. Halten Sie den nächsten Gipfel nicht allein. Wenn man immer dasselbe Wasser kocht, wird daraus auch keine Suppe. Das möchte ich Ihnen wirklich mitgeben. Die Zutaten machen es aus. Sie hätten den Städte- und Gemeindetag eher mit ins Boot nehmen müssen. Diese Forderungen wurden schon lange gestellt. Bitte zeigen Sie den Menschen, die wir einladen, bei uns Asyl zu suchen, ein freundliches Gesicht. Schieben Sie es bitte nicht auf die Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die derzeitige Situation der Flüchtlinge in der Welt bewegt uns alle. Das ist heute mehrfach angesprochen worden. Über 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Ungefähr 600.000 Menschen warten in Nordafrika auf die Überfahrt Richtung Europa. Die Menschen aus Syrien und anderen Krisengebieten haben ein erschütterndes Schicksal hinter sich. Oft haben sie Not und Krieg, Gewalt und auch Vergewaltigung erlebt. Diese Schicksale rühren uns alle. Ihnen müssen wir helfen. Das ist unsere humanitäre Aufgabe. Dabei stehen viele Menschen vor einem emotionalen Spagat: zwischen Mitleid mit den Bürgerkriegsflüchtlingen und den Asylbewerbern und dem Gefühl der Überforderung angesichts der Vielzahl von Asylsuchenden, die selbst in kleinsten Gemeinden untergebracht werden müssen. Der Zustrom ist in ganz Deutschland dramatisch angestiegen. Die Prognosen sind permanent nach oben verändert worden.

Für Menschen auf der Flucht ist Deutschland die Nummer eins in Europa. Die meisten wollen zu uns, weil es hier die Möglichkeiten für Schutz und Unterkunft gibt. Von diesen in Deutschland ankommenden Asylbewerbern werden Bayern aufgrund des Ver teilungsverfahrens immer, egal wie die Prognose lautet, 15,2 % zugewiesen, und zwar unabhängig davon, wie die politischen Maßnahmen in der Zukunft aussehen. Derzeit sind in Bayern rund 45.000 Asylbewerber untergebracht und haben bei uns eine feste Bleibe. Allein im Jahr 2014 kommen nach der derzeitigen Prognose rund 33.000 Menschen nach Bayern. Alle Bundesländer stehen vor den gleichen Problemen und Herausforderungen. Es handelt sich damit nicht um ein bayerisches Problem. Herr Kol lege Neumeyer hat es vorher angesprochen. In der dpa-Meldung lese ich, dass der SPD-Politiker Oberbürgermeister Maly nach dem Asylgipfel die Bemühungen der Staatsregierung gelobt hat.

(Volkmar Halbleib (SPD): Bemühungen seit letzter Woche!)

Ich zitiere:

Die Probleme sind in ganz Deutschland gleich. Aber die Problemlösungsmöglichkeiten sind in Bayern besser als in anderen Bundesländern durch die Kooperation von Freistaat und Kommunen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum haben Sie das nicht früher genutzt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, bei diesem Thema vernehme ich wieder nur die übliche Oppositionsrhetorik.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

In Bayern sei alles schlecht, schlechter als überall sonst. Sie entwerfen ein Zerrbild von Bayern, und das wissen Sie. Ich sage Ihnen: Ich war schon mit vielen von Ihnen unterwegs. Ich habe mit vielen von Ihnen über diese Thematik diskutiert. Sie haben mich enttäuscht, vor allem bei diesem Thema. Es geht um Menschen, die wirklich ein

schweres Schicksal haben. Ich bin der Überzeugung, dass wir alles tun müssen, um diesen Menschen zu helfen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Dann tun Sie das bitte auch!)

Die Unterbringung und die Betreuung erfolgen in enger Zusammenarbeit von Freistaat, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Und den Ehrenamtlichen!)

- Und vielen Ehrenamtlichen. Diesen Menschen möchte ich heute ein Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Ich erlebe viel Solidarität der Menschen vor Ort. Das geht Ihnen sicherlich genauso. Diese Solidarität dürfen wir aber nicht aufs Spiel setzen; denn die Akzeptanz der Bevölkerung ist beim Thema Asyl entscheidend. Wir müssen daher alles daran setzen, dass wir uns um die Menschen kümmern können, die wirklich unseren Schutz brauchen und die des Schutzes bedürfen. Der Dreiklang, den die Menschen zu Recht von uns erwarten, lautet: Verhinderung ungerechtfertigter Einreise, Durchsetzung der Ausreisepflicht und Hilfe für die zu Recht bei uns Schutz Suchenden. Das ist unsere zentrale Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Bayern steht für eine menschliche Asylpolitik. Wir tun alles Menschenmögliche, um die Asylsuchenden menschenwürdig unterzubringen. Wir haben die Essenspakete in den Gemeinschaftsunterkünften abgeschafft. Nur Mittelfranken steht noch aus, weil die Verträge noch laufen. In den letzten Jahren haben wir die Asylsozialberatung enorm ausgebaut und passen sie weiter den steigenden Herausforderungen an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, besonderes Augenmerk legen wir auf die Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen die Menschen nach einem langen Fluchtweg ankomm-

men. Diese Menschen kommen aus vielen Nationen, sprechen die unterschiedlichsten Sprachen; darunter sind Analphabeten, Menschen unterschiedlicher Religionen. Sie brauchen sofortige Unterstützung und Hilfe. Deshalb möchte ich den Betreuungsschlüssel bei der Asylsozialberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf 1 : 100 anheben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Fahn, wenn Sie im Ausschuss etwas anderes verstanden haben, war es ein Wunschdenken, und Sie interpretieren meine Aussage.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nein, ich habe alles mitgeschrieben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Kapazitäten in den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen in München und Zirndorf auf 3.500 Plätze massiv ausgebaut. Wir haben das Personal erhöht. Wir haben die Anzahl der medizinischen Untersuchungen vervierfacht. Wir schaffen jetzt in jedem Regierungsbezirk eine Erstaufnahmeeinrichtung. Deren Zahl steigt also von zwei auf sieben. Zur Behauptung, dass wir zu langsam waren, sage ich: Der Beschluss war im April. Wir haben schon vorher die Aufnahmeeinrichtung Deggendorf verkündet und sind dieses Projekt angegangen. Wir werden neben München und Zirndorf zusätzliche Standorte haben, nämlich Deggendorf, Bayreuth, Augsburg, Regensburg und Schweinfurt. Die Kapazitäten dieser Einrichtungen stehen uns ab dem Jahr 2015 zur Verfügung.

Für Zugangsspitzen und unvorhergesehenen Bedarf stocken wir die Zahl der Plätze bis Ende des Jahres auf 6.600 auf. Damit können heuer noch 23.000 Asylbewerber bei uns aufgenommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sommer hatten wir eine Notsituation, eine Ausnahmesituation. Diese Situation hat sich noch nicht erledigt. Ich sage das hier mit allem Nachdruck. Wir mussten die Bayernkaserne, die zwei Drittel unserer Kapazitäten ausmacht, wegen der Masernfälle schließen, und zwar so lange, bis die Inkubati-

onszeit vorüber war. Am letzten Freitag konnten wir die Bayernkaserne wieder öffnen. Deswegen entzerrt sich die Situation.

Auch mir gefällt es nicht, dass wir Zelte als Notlösung aufbauen mussten. Ein Zelt konnten wir mittlerweile schließen. Die "Bugwelle", die sich angehäuft hat, arbeiten wir derzeit ab.

(Susann Biedefeld (SPD): Es handelt sich hier um Menschen!)

Wir holen die Leute in die Erstaufnahmeeinrichtung. Wir streben an, dass dies zügig vollzogen wird. Für ungeahnte Entwicklungen stellen wir einen Notfallplan auf. Auch die Anschlussunterbringung stellen wir sicher. Wir steigern in diesem Jahr die Kapazitäten in den Gemeinschaftsunterkünften, für die wir verantwortlich sind, um 30 %. In gleicher Weise bauen die Kreisverwaltungsbehörden derzeit ihre Kapazitäten aus.

Ein weiterer Punkt, der mir besonders am Herzen liegt, sind die unbegleiteten Minderjährigen. Wir haben im Vergleich zu den Zahlen vom letzten Jahr eine Versechsfachung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir erwarten 3.000 neu ankommende unbegleitete Minderjährige. Diese Versechsfachung stellt uns in den Kommunen vor riesige Herausforderungen. Die Staatsregierung lässt die Kommunen mit dieser Verantwortung aber nicht allein. Die Kommunen erhalten für die Verwaltungskosten und Vormundschaften für die unbegleiteten Minderjährigen und für den Bau zentraler Inobhutnahmeeinrichtungen in den Jahren 2015 und 2016 8,5 Millionen Euro, damit die unbegleiteten Minderjährigen gut untergebracht werden können. Die unbegleiteten Minderjährigen, die zu uns kommen, sind hochmotiviert und engagiert. Sie wollen etwas lernen. Wir unterstützen sie im Hinblick auf das Erlernen der deutschen Sprache. Wir wollen ihnen eine Ausbildung ermöglichen. Das alles tun wir derzeit.

(Beifall bei der CSU)

Zudem setzt sich Bayern dafür ein, dass die unbegleiteten Minderjährigen künftig bundes- und bayernweit verteilt werden können, um besonders betroffene Kommunen entlang der Hauptfluchtrouten zu entlasten.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden dazu eine Bundesratsinitiative starten. Wir müssen die Kommunen Rosenheim, Passau und Kempten, aber auch die Landeshauptstadt München von dieser großen Flut entlasten.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen aber auch den Bund stärker in die Verantwortung nehmen. Er muss ehemalige Kasernen schneller freigeben und sich finanziell beteiligen.

Die Asylpolitik ist eine sensible, verantwortungsvolle Aufgabe. Sie eignet sich weder für populistische Spielchen noch für parteipolitische Taktierereien. Deshalb appelliere ich an Sie alle, konstruktiv zusammenzuarbeiten. Aus meiner Sicht ist die Unterstützung der Asylsuchenden eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend darf ich noch einmal sagen: Alle sind gefordert. Das war das einvernehmliche Signal, das heute vom Asylgipfel ausgegangen ist. Meine Damen und Herren, ich glaube, daran sollten wir uns orientieren.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung von Frau Osgyan. – Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Staatsministerin Müller, das hört sich so an, als ob das Ganze eine Naturgewalt wäre. Sie haben von einer Flut gesprochen. In Nürnberg, wo ich herkomme, sind Zelte aufgebaut worden. Das war in der Situation wahrschein-

lich nicht mehr anders machbar. Eine Woche lang war dort nur ein privater Sicherheitsdienst. Die Leute waren sich selbst überlassen. Warum ist es nicht möglich, hier die Polizei oder das Technische Hilfswerk einzusetzen? Diese Leute sind geschult, mit solchen Situationen umzugehen. Sie hätten zur Betreuung abgestellt werden sollen. Ich möchte Sie darum bitten, uns zu erklären, was man in der Hinsicht besser machen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Neben der Einrichtung in Zirndorf befindet sich eine Polizeistation. Der Innenminister kann das mit Sicherheit besser erklären. Auch in Zirndorf ist die Polizeipräsenz erhöht worden. Es gibt auch dort Asylsozialberatung durch die Diakonie und die Innere Mission. Die Leute werden dort betreut. Der Zustrom war aber enorm. Alle Leute, die über die verschiedenen Fluchtrouten nach Bayern kamen, wurden nach Zirndorf weitergeleitet. Von dort aus werden die Asylbewerber wiederum in andere Bundesländer geschickt.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat sich noch Frau Kollegin Schmidt zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Frau Ministerin, wie kann es sein, dass ein privater Unternehmer wie ein großes Möbelhaus in unserer Region schneller Wohnraum zur Verfügung gestellt hat, als wir es im Freistaat oder im Bund leisten können, und dazu noch 400 Betten gestiftet hat? Warum können wir nicht so schnell agieren wie ein privater Unternehmer?

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Wir haben mit dem Inhaber des Möbelhauses vereinbart, dass er uns dieses Objekt zur Verfügung stellt. Wir nehmen diese feste Unterkunft sehr gerne an. Wir wollen aus den Zelten raus. Das habe ich

auch gesagt. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir das Möbelhaus in Anspruch nehmen können. Der Besitzer hat neue Böden verlegt. Er hat die Betten unentgeltlich aufgestellt und verlangt auch keine Miete. Das ist eine außergewöhnliche Leistung, und dafür gebührt dem Unternehmen ein großes Kompliment.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Jetzt hat Frau Kollegin Kamm gebeten, ihre restliche Redezeit ausnutzen zu dürfen. Zwei Minuten und 43 Sekunden stehen ihr noch zur Verfügung.

Christine Kamm (GRÜNE): Danke schön, Frau Präsidentin. – Ich möchte auf zwei Punkte eingehen. Liebe Frau Ministerin, der Dreiklang, von dem Sie gesprochen haben, wird bei der Vielzahl der ehrenamtlichen Akteure, die in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind, keine Zustimmung finden. Ein Dreiklang aus Abschiebung, Grenzkontrollen und Hilfe für den Rest findet mit Sicherheit keine Zustimmung bei denjenigen, die sich für Asylsuchende und Flüchtlinge einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann zum Thema Akzeptanz und Ihrem Hinweis, Sie bekämen schlimme Briefe: Briefe von ewig Gestrigen bekommen wir schon lange, seit 20 bis 30 Jahren, seitdem wir politisch aktiv sind, völlig unabhängig davon, ob und wie viele Flüchtlinge in unserem Land Schutz suchen. So ist es eben. Wir können sie Ihnen zeigen. Das ist kein Problem der Flüchtlinge, sondern ein Problem der demokratischen Bildung der Bevölkerung in unserem Land. Deshalb fordere ich auch Sie auf, nicht immer wieder durch falschen Zungenschlag ewig gestrige Meinungen zu beschwören und nach vorne zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann noch zu dem Thema, das Sie, Herr Neumeyer, angesprochen haben: Wir sind zwar in vielen Punkten einer Meinung, aber man muss zur Begründung der Forderung

nach einer besseren europäischen Roma-Strategie nicht das Bild des Hochhauses in Duisburg beschwören. Die Zustände dort sind durch einen Immobilienbesitzer verschuldet, der einen ziemlich großen Reibach macht, aber auch durch Menschen, die Sinti und Roma, aber auch ärmere Menschen aus anderen europäischen Ländern, an unseren normalen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen vorbei ausbeuten. Wir müssen deshalb bei uns selber anfangen und die Kontrollen verbessern.

Zum Thema Immobilien habe ich die Frage, warum immer nur Kasernen gefordert werden, obwohl Kasernen zum Wohnen nicht gerade die allerbeste Lösung sind. Warum suchen wir nicht auch nach Immobilien unserer Kirchen? Warum fragen wir nicht verstärkt bei den Kirchen nach? Warum suchen wir nicht auch landeseigene Immobilien? Ich bin sicher, dass wir dort noch die eine oder andere geeignete Unterkunft finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat jetzt Herr Staatsminister Herrmann ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem heute in einigen Debattenbeiträgen der Asylmissbrauch, die Situation am westlichen Balkan und die Grenzen angesprochen worden sind, will ich dazu in der noch verbleibenden Redezeit in aller Kürze drei Anmerkungen machen.

Erstens. Wer die Entscheidungspraxis und die Ergebnisse der Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge anschaut, wird feststellen, dass nach wie vor zwei Drittel derjenigen, die als Asylbewerber in unser Land kommen, nicht anerkannt werden und auch keinen Abschiebeschutz genießen. Das ist das Ergebnis einer rechtsstaatlichen Überprüfung.

(Widerspruch der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

- Frau Kollegin, mit Verlaub, das darf man schon beim Namen nennen. Zwei Drittel kommen missbräuchlich hierher.

(Beifall bei der CSU)

Darüber muss man auch reden dürfen. Wenn Verwaltungsgerichte festgestellt haben, dass diese Leute kein Recht auf Asyl und keinen Abschiebeschutz haben, gehört es zu dem Verfahren, dass sie unser Land wieder verlassen müssen. Sonst macht das ganze Verfahren keinen Sinn. Vielleicht sind Sie in diesem Punkt völlig anderer Meinung. In einem rechtsstaatlichen Verfahren ist es jedoch richtig, dass wir entsprechend vorgehen. – Abgesehen davon haben wir ein eigenes Kontingent für 20.000 Flüchtlinge aus Syrien geschaffen, die, ohne ein Asylverfahren zu durchlaufen, bei uns aufgenommen werden.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben gar nichts gemacht!)

Bei den Leuten, die aus Syrien zu uns kommen, liegt die Anerkennungsquote aktuell über 85 %. Bei denen, die aus Mazedonien, Serbien oder Bosnien-Herzegowina zu uns kommen, liegt die Anerkennungsquote unter einem Prozent. Deshalb hat die Große Koalition mit Fug und Recht beschlossen, dass in die seit Jahren bestehende Liste sicherer Herkunftsländer auch diese drei Westbalkanstaaten aufgenommen werden. Deshalb frage ich mich, warum diese Entscheidung aus dem Kreis der SPD-Fraktion wieder relativiert wird. Dass diese drei Westbalkanstaaten in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufgenommen werden, ist gut und richtig. In der Summe sind immerhin 20 % aller Asylbewerber in den letzten eineinhalb Jahren aus diesen Ländern zu uns gekommen. 20 % stammen allein aus diesen drei Ländern. Das ist nicht zu vernachlässigen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt geht es nur noch darum, dass die grüne Blockadepolitik im Bundesrat überwunden wird. Ich hoffe sehr, dass es am kommenden Freitag im Bundesrat eine Mehrheit für dieses aus klugen Erwägungen vom Bundestag beschlossene Gesetz geben wird.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt betrifft unsere Grenzen. Im Hinblick auf die Entwicklung in Italien freue ich mich sehr darüber, dass die neue italienische Regierung unter Ministerpräsident Renzi mit Bootsflüchtlingen anders umgeht, als es unter Berlusconi der Fall war. Es ist unsere gemeinsame humanitäre Verantwortung in Europa, dass man diese Leute nicht im Mittelmeer ertrinken lässt. Es gibt aber klare Regeln dafür, wann solche Flüchtlinge in Europa ankommen und aufgenommen werden sollen. Offenkundig kommt Italien seinen vertraglichen Verpflichtungen im Moment nicht nach. In ganz erheblichem Maße werden Flüchtlinge, die in Italien ankommen, ganz einfach in den Zug gesetzt und nach Deutschland geschickt. Das ist ein Thema der Flüchtlingspolitik der EU, mit dem wir uns in Brüssel beschäftigen müssen. Täglich bekomme ich Berichte sowohl von der Bundespolizei als auch von der Landespolizei, wie viele Leute ohne Papiere, ohne ein Ausweisdokument oder ein Visum nicht nur auf der Strecke vom Brenner in Richtung Rosenheim, sondern zunehmend auch im Raum Passau auf den dortigen Autobahnen und Eisenbahnstrecken aufgegriffen werden. Aufgrund dieser illegalen Einreisen stellt sich die Frage, ob das ganze Schengen-System im Moment noch funktioniert. Laut dem Schengener Abkommen wurden die Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes abgeschafft. Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, die Außengrenzen umso intensiver zu schützen und dafür zu sorgen, dass niemand illegal den Schengen-Raum betreten kann.

Einzelfälle kann es immer geben, aber inzwischen halten sich jeden Monat Hunderte von Menschen in unserem Land mitten im Schengen-Raum auf, ohne bei der Einreise richtig kontrolliert worden zu sein und ohne über Ausweisdokumente zu verfügen. Dabei haben sie schon mindestens zwei, manchmal auch drei Schengen-Länder durchquert, bevor sie bei uns in Deutschland angekommen sind. Für mich ist das nicht

nur eine Frage der Flüchtlingspolitik, sondern auch eine Frage der Sicherheit in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Frage stellt sich, wie sicher die Vereinbarungen des Schengener Abkommens überhaupt noch sind. Im Schengener Grenzkodex steht, dass bei Erkenntnissen, wonach die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist und Schengen-Mitgliedsländer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, sehr wohl die Frage nach einer Wiedereinführung der Grenzkontrollen aufgeworfen werden kann. Das steht zu Recht ausdrücklich im Schengener Grenzkodex. Genau das hat unser Ministerpräsident aufgegriffen, und das ist auch wichtig und richtig so. Wir können dieser Entwicklung doch nicht tatenlos zusehen, meine Damen und Herren. Es handelt sich um die Frage der Sicherheit für die Menschen in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum dritten und letzten Punkt. Es ist wichtig, dass das Folgende auch thematisiert wird und in dem vorliegenden Antrag zur Beschlussfassung angelegt ist: Wir müssen uns gemeinsam darum kümmern, wie es in Arabien und in Afrika weitergeht. Das bedeutet für die Entwicklungshilfepolitik unseres Landes und der Europäischen Union insgesamt eine Herausforderung. Dass in Teilen Afrikas schwer zumutbare Zustände herrschen, ist überhaupt keine Frage. Der gesunde Menschenverstand sagt uns aber, dass wir die Probleme all dieser Staaten in Afrika auf Dauer nicht dadurch lösen können, dass Millionen von Afrikanern nach Europa kommen. Die Probleme können nur dadurch gelöst werden, dass wir die Situation in Afrika verändern. Auch dafür müssen wir uns gemeinsam einsetzen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

(Beifall bei der CSU – Staatsminister Joachim Herrmann verlässt das Rednerpult
– Christine Kamm (GRÜNE): Halt, ich habe mich schon die ganze Zeit gemeldet!
– Staatsminister Joachim Herrmann kehrt zum Rednerpult zurück)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, danke für Ihre Rückkehr zum Rednerpult. – Frau Kollegin Kamm, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben beschworen, dass mehr Entwicklungshilfe für Afrika geleistet werden soll. In welcher Form hat sich Bayern bisher für nennenswerte Verbesserungen der Entwicklungshilfe und der humanitären Hilfe in den betroffenen Ländern eingesetzt? – Sie haben für den CSU-Antrag geworben, in dem steht, drei Länder sollen zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Im CSU-Antrag sind aber fünf Länder aufgeführt. Was wollen Sie jetzt eigentlich? – Sie haben behauptet, Italien würde Flüchtlinge in den Zug setzen, um sie nach Bayern zu schicken. Welche Belege haben Sie, dass tatsächlich italienische Stellen und für Italien Verantwortliche dergleichen tun? Meines Wissens befinden sich natürlich Flüchtlinge in Zügen; in der Regel haben sie diese aber aus eigenem Antrieb bestiegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Kamm, ich beginne mit der Beantwortung Ihrer letzten Frage. Die Regeln nach dem Dublin-Abkommen sind eindeutig. Der Staat, in dem die Menschen zuerst ankommen, hat sie zu registrieren und zunächst aufzunehmen. Nach den Zahlen, die die italienische Regierung veröffentlicht, ist die Lage ganz offenkundig: Zwischen den Zahlen der Menschen, die Italien laut der italienischen Regierung aus dem Mittelmeer aufgenommen hat, und den Zahlen der Menschen, die die italienische Regierung offiziell als registrierte Asylbewerber nach Brüssel meldet, klafft nach den aktuellen Entwicklungen der letzten Monate ein sehr großer Unterschied.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben halt keinen Antrag gestellt! – Lachen bei der CSU)

- Genau. Dann befinden wir uns aber, liebe Frau Kollegin Kamm, genau an dem Punkt, den ich vorhin angesprochen habe; dann sind wir beim Schengener Abkommen. Wenn sie nicht gesagt haben, dass sie einen Asylantrag stellen, stellt sich die

Frage, ob sie ein Visum für den Schengen-Raum haben. Das ist Ihnen ein Begriff? – Ja. Wenn jemand über kein Visum für den Schengen-Raum verfügt und keinen Antrag auf Asyl gestellt hat, darf ihn der italienische Staat nicht einreisen lassen. Die Rechtslage ist wirklich völlig eindeutig, liebe Frau Kamm.

Mir liegt ein Schreiben eines Mitarbeiters der Deutschen Bahn aus der letzten Woche vor. Er hat mir einfach als Bürger, nicht offiziell als Mitarbeiter der Bahn, einen Brief geschrieben. Darin hat er beschrieben, was er als Zugbegleiter in einem Eurocity von Verona nach München erlebt hat. In Verona hat er festgestellt, dass Menschen im Zug sitzen, die über keine Papiere und dergleichen verfügen. Er hat die italienische Polizei um Hilfe gebeten, weil diese Menschen in diesem Zug nichts verloren haben. Darauf hat ihm die italienische Polizei bedeutet, er solle nicht für ein Durcheinander sorgen, und im Übrigen habe sie die Anweisung, solche Züge nach Deutschland ihrerseits nicht weiter in irgendeiner Weise zu begleiten, zu kontrollieren und dergleichen mehr. – Das ist die Realität.

Ich sage ausdrücklich: Wir müssen mit den Italienern zu einer vernünftigen Zusammenarbeit kommen. Ich bin aber auch der Meinung, dass die Europäische Union die Italiener bei dieser großen Belastung besonders unterstützen sollte. Wenn wir in der Europäischen Union vernünftig zusammenarbeiten wollen, geht es aber nicht an, dass ein Staat für sich alle Regeln außer Kraft setzt und einfach nicht mehr mitmacht.

(Beifall bei der CSU)

Auf dieser Basis kann ich nämlich keine vernünftige Zusammenarbeit in der Europäischen Union organisieren. Das ist unsere Haltung. Deshalb müssen wir engagiert mit unseren italienischen Freunden reden. Damit handeln wir im Interesse des Anliegens, weiterhin eine vernünftige Asylpolitik in unserem Land zu betreiben. Wir wollen eine vernünftige Zusammenarbeit in der Europäischen Union, tragen aber auch weiterhin Verantwortung für die Sicherheit in unserem Land, im Bayernland und in Deutschland insgesamt. Dafür stehen wir auch in Zukunft.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3036 abstimmen.

(Unruhe)

Darf ich um Ruhe bei der Abstimmung bitten? – Hierzu wurde vonseiten der Antragsteller während der Aussprache ein Änderungsantrag gestellt. Danach soll in der Nummer 5 der letzte Spiegelstrich folgende Fassung erhalten:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Asylsozialberatung bedarfsgerecht auszubauen. Dazu ist ein Betreuungsschlüssel von 1 : 100 sicherzustellen.

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat darum gebeten, dass über diesen Spiegelstrich einzeln abgestimmt wird. Wer diesem Spiegelstrich und der damit einhergehenden Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Ich lasse noch einmal abstimmen. Wer dem Antrag, mit dem der 5. Spiegelstrich im Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3036 geändert wird, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bei sechs Ja-Stimmen – – Bitte heben Sie nochmals die Hand! Die Handzeichen sind nacheinander gekommen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ihr habt doch noch mehr Hände!)

- Einige Abgeordnete der CSU haben die Hand gehoben; es sind mehr geworden. Ich bitte diejenigen Abgeordneten der CSU, die diesem Spiegelstrich zustimmen, noch einmal die Hand zu heben. – Fünf. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt. Gibt es Stimmenthaltungen?

(Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN: Gegenstimmen!)

- Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung aus der CSU-Fraktion. Damit wurde dieser Spiegelstrich abgelehnt. Ich komme zur weiteren Abstimmung über den Rest dieses Antrags.

(Anhaltende Unruhe)

- Können wir uns jetzt vielleicht wieder ein bisschen beruhigen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte jetzt wirklich um Beruhigung. Ich habe das Stimmverhalten hier so entgegenzunehmen, wie es abgegeben wird.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ist es! – Volkmar Halbleib (SPD): Etwas anderes wäre ja noch schöner!)

Obwohl das angezweifelt wird, gehe ich davon aus, dass die Gegenstimmen die Mehrheit gewesen sind. Ich habe auch von den beiden Schriftführern nichts gehört. Ich denke, das kann man in der Übersicht sehen, Herr Kollege Gehring. Es war die Mehrheit, die diesen Änderungsantrag abgelehnt hat.

(Unruhe bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ganz klar. Wenn Sie wollen, können wir das auch nachzählen. – Das ist so, wie ich es hier sage. Von keinem der Schriftführer hier wurde Ihre Anmerkung unterstützt. Danke.

Dann lasse ich jetzt insgesamt über den Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3036 abstimmen. Sie haben uns noch eine Änderung des Antrags mitgeteilt. Als weitere Änderung wurde beantragt, der Nummer 5 folgenden neuen Spiegelstrich anzufügen: "Der staatliche Anteil der pauschalierten Personalkosten ist von derzeit 70 auf 80 Prozent zu erhöhen."

(Widerspruch)

Ich soll nicht mehr einzeln über diese Änderung abstimmen lassen, sondern über den restlichen Teil des Dringlichkeitsantrags unter Berücksichtigung des unter Nummer 5 neu anzufügenden Spiegelstrichs. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe: Nein!)

- Nein? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER stimmen diesem Antrag insgesamt zu. Ich bitte darum, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag in der Gesamtheit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/3037. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/3038 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zurufe: Nein!)

- Eine Stimme von den FREIEN WÄHLERN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse noch über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/3039 abstimmen. Hierzu wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.34 bis 18.39 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Ich schließe sie. Ich bitte auszuzählen. Ich gebe das Ergebnis dann noch bekannt. – Ich darf außerhalb der Tagesordnung noch gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt geben, dass die SPD-Fraktion anstelle der Kollegin Annette Karl Herrn Kollegen Florian von Brunn als neues Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten benannt hat. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Danke schön.

Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben: Mit Ja haben 82 gestimmt, mit Nein 49, Stimmenthaltungen gab es 15. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Damit schließe ich die Sitzung.

(Schluss: 18.44 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.09.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Kerstin Schreyer-Stäblein u. a. und Fraktion CSU; Maßnahmenpaket zur Flüchtlings- und Asylpolitik: Solidarität mit Asylsuchenden - Fluchtursachen bekämpfen - Schengen-Abkommen und Asylgesetze anpassen! (Drucksache 17/3039)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			X
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann			
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine			
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther		X	
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred			
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			X
Wild Margit		X	
Winter Georg			
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	82	49	15